Nr. 176. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich, vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Sonnabend, den 29. Juni 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Abwehrkämpfe nördlich der Lys und südlich der Aisne.

Der Budapester Streik aufgegeben.

Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Budapest, 28. Juni. Die sozialdemokratische Parteileitung veröffentlicht einen Aufruf, in dem gesagt wird, daß die Arbeiter seit einer Woche im Kampf stehen, sie seien jedoch

nicht imstande gewesen, ihre Forderung durchzusetzen.

Auf allen Seiten des Parlaments sei, mit Ausnahme einiger Ehrlichen, die Arbeiterschaft im Stiche gelassen worden. Die Parteileitung fordere nunmehr auf, in kürzester Zeit die Arbeit wieder aufzunehmen, da in der gegenwärtigen Lage und in dem gegenwärtigen Augenblick der Kampf kein Ergebnis bringen könne. Die Fortsetzung des Kampfes würde nur zwecklos die Kraft der Arbeiterschaft brechen.

Der Streik der Zeitungssetzer ging nach einer W. T. B.-Meldung bereits am Donnerstag zu Ende.

Die Intervention im fernen Osten.

Die Alliiertenhilfe der russischen Gegenrevolution.

Die Intervention der Ententemächte in Sibirien soll zur ewigen Frage werden. Da sie von Anfang an als ein besonderes Stück der russischen Gegenrevolution angesehen werden durfte, hat sie natürlich jetzt beim Losbruch der allergefährlichsten Erhebung gegen die bolschewikische Herrschaft wieder ihren hervorragenden Platz unter den Tagesmeldungen. Vorläufig hat man sich aber wieder mit einem Hin und Her gegeneinanderlaufender Nachrichten abzufinden.

Das Wichtigste scheint eine aus Washington kommende Reuterdepesche, in der zu lesen ist, daß die Ententemächte Japan zur Intervention aufgefordert haben. Amerika ist nicht unter den Aufforderern, bleibt also auf seinem von Anfang an eingeschlagenen Wege. Japan aber soll die Aufforderung der Entente abgelehnt haben. Die Washingtoner Meldung, die von Reuter als nichtamtlich bezeichnet wird, besagt:

„Die japanische Regierung beschloß, das Ersuchen der Ententemächte nach einer Intervention in Sibirien abzulehnen. In amtlichen Kreisen und in den Ententebotschaften in Washington wird diese Absage nicht als ein Aufgeben der Absicht der Entente oder der Vereinigten Staaten aufgefaßt, Rußland bei seiner „Rehabilitierung" und der Ueberwindung des deutschen Einflusses zu helfen. Ein hoher Beamter erklärte, daß Japans Ablehnung einer militärischen Expedition nur dazu beitragen würde, Rußlands Freunde in ihrer Absicht zu stärken, den Elementen, die bestrebt seien, Gesetz und Ordnung im Lande wiederherzustellen, Hilfe und Unterstützung zu bringen."

Von englischer Seite wird nun aber die Meldung, daß die Ententemächte Schritte getan hätten, Japan intervenierend gegen die Bolschewiki loszulassen, amtlich bestritten. „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: In Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten King sagte Lord Robert Cecil im Unterhause, daß weder zwischen England und Wilson noch mit irgendeiner anderen alliierten Macht Verhandlungen über ein Einschreiten eines der Alliierten in Rußland zur Vereitelung des Eindringens und der Oberherrschaft des Feindes geführt worden seien.

Daß überhaupt nicht, solange die Frage der Intervention auf der Tagesordnung steht, zu diesem Ziele Verhandlungen geführt worden sind, kann selbstredend aus der Erklärung Cecils nicht herausgelesen werden. Sie läßt erkennen, daß gegenwärtig die Haltung wegen des fernen Ostens die Periode der Unentschiedenheit hinter sich hat und zu einer Art festen Ausgleichs der Tendenzen gelangt ist.

Die amerikanische Politik, die den europäischen Kriegsbrand nicht durch einen gefährlichen ostasiatischen zu erweitern Lust zeigt, hat sich auf diesem Felde durchgesetzt. Man begnügt sich mit der Taktik, die Elemente zu stärken, die dafür sorgen werden, daß die Herrschaft der Bolschewiki nicht zur Ruhe gelangt. Das heißt also: man wird sich für aufständische Bewegungen, wie sie jetzt die Banden Lemanows und die tschechoslowakischen Truppen betreiben, mit Eifer und mit Opfern ins Zeug legen, wie das längst geschehen und bekanntlich in sehr deutlichen bolschewikischen Protesten angenagelt worden ist.

Daß diese Arbeit im gegenwärtigen für die Bolschewiki schwierigen Augenblick so offen gleichsam als Programm angekündigt wird, gibt dem Washingtoner Telegramm immerhin ein besonderes Stück Bedeutung. Vielleicht meint man in Kerenski den Mann zu haben, der vom Auslande her die Fäden der Gegenrevolution in die Hand zu nehmen sich eignet. Daß er gerade jetzt nach langer Verborgenheit an der Oeffentlichkeit wieder auftaucht, ist sicher kein Zufall. Man drahtet ja auch bereits in die Welt, er werde demnächst zu Redezwecken nach Frankreich und den Vereinigten Staaten reisen. Auf dem Wege über Brest-Litowsk wird er zum Spießträger Wilsons und des Dollarimperialismus.

Gesteigertes Feuer beiderseits der Lys und südlich der Aisne — Anhaltender Feuerkampf am Col del Rosso — Italienischer Uebergangsversuch bei Fossalta an der Piave.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 28. Juni 1918. (W. T. B.)

Berlin, 28. Juni 1918, abends. Amtlich.

Nördlich der Lys und südlich der Aisne kämpfen wir in der Abwehr heftiger Teilangriffe des Feindes.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Rege Tätigkeit der Engländer und Franzosen beiderseits der Somme. Auch in anderen Abschnitten zwischen Yser und Marne nahm das Artilleriefeuer am Abend zu.

Heute früh steigerte sich das Feuer des Feindes beiderseits der Lys zwischen Bailleul und Bethune und südlich der Aisne zu größerer Stärke. Unsere Artillerie nahm den Kampf kräftig auf. In einzelnen Abschnitten haben sich Infanteriegefechte entwickelt.

Starker Fliegereinsatz führte zu heftigen Luftkämpfen. Unsere Flieger schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und 1 Fesselballon, unsere Flugabwehrgeschütze 5 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold errang seinen 37., Leutnant Löwenhardt seinen 29., Leutnant Rumey seinen 26. und 27. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 28. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:

In Judicarien, im Areo-Becken und im Etschtal richtete der Italiener sein wirkungsloses Störungsfeuer bis weit hinter unsere Linien.

Im Presena-Raum scheiterten mehrere feindliche Erkundungsversuche an der Wachsamkeit unserer Besatzungstruppen.

An der venezianischen Gebirgsfront stand der am 26. heldenmütig behauptete Col del Rosso, der westlich davon gelegene Monte di val bella, sowie der Raum westlich Asiago unter starkem anhaltenden Artillerie- und Minenfeuer. Ein unter Ausnutzung dieses Feuers südlich Canove angesetzter feindlicher Vorstoß wurde durch Abteilungen des Infanterieregiments Nr. 74 blutig abgewiesen.

An der Piavefront wurde ein neuerlicher Uebergangsversuch der Italiener bei Fossalta vereitelt. Die Piave führt anhaltend Hochwasser.

Der Chef des Generalstabes.

Der Zarenmord.

Das Berliner Bureau der Petersburger Telegraphen-Agentur teilt gestern mit:

Die Gerüchte über die Ermordung des Zaren haben bisher keine faktische Bestätigung gefunden; vielmehr ist vom Jekaterinenburger Sowjet die Meldung eingetroffen, daß diese Gerüchte jeglicher Grundlage entbehren.

•

Darmstadt, 27. Juni. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, scheint sich das Gerücht von der Ermordung des früheren Zaren nach hier eingelaufenen Nachrichten nicht zu bestätigen.

Der Kongreß der englischen Arbeiterpartei.

Die Reden, die auf dem Kongreß der englischen Arbeiterpartei gehalten und die Beschlüsse, die auf ihm gefaßt wurden — wir berichteten gestern darüber — sind für den deutschen Leser nicht ohne weiteres verständlich, zumal wenn er nur ihre außenpolitische Bedeutung ins Auge faßt. Die im Februar d. J. angenommene neue Organisation, von der der Vorsitzende Purdy sprach, war darauf bedacht, die Partei auf eine breitere Grundlage zu stellen und alle Strömungen der englischen Arbeiterbewegung vom konservativen Trades Unionismus bis zur Unabhängigen Arbeiterpartei und zum radikalen internationalen Sozialismus in ein gemeinsames Bett zu lenken. Damit ist der Versuch zur Bildung einer Arbeiterpartei gemacht worden, die nicht mehr bloß als Schwanz der liberalen Partei in Erscheinung tritt, sondern eine ganz selbständige Rolle spielt und für sich um die Macht, d. h. in England ohne weiteres um die Mehrheit im Parlament und damit um die parlamentarische Regierungsgewalt kämpft. In dieser Beziehung hat der Krieg Tendenzen, die schon früher vorhanden waren, und deren Fortschritt wir damals mit Freuden begrüßt hätten, zur Schnellreife gebracht.

Auch jetzt im Kriege können wir die Bedeutung dieser Entwicklung nicht übersehen. Mit 1 225 000 gegen 843 000 Stimmen hat der Kongreß einen Antrag angenommen, der sich für die Erhöhung der Erzeugung durch Sozialisierung der gesamten Industrie ausspricht. Die neue Organisation des Landes (so melden wenigstens die vorliegenden unzulänglichen Berichte) habe nicht durch stück- und bruchteilweise Gesetzgebung zu erfolgen, sondern durch den logischen Aufbau einer neuen sozialen Ordnung, die auf Zusammenwirkung von Erzeugung und Verteilung beruhe.

In der gleichen Richtung zur grundsätzlichen Verselbständigung der Arbeiterbewegung liegt der bedeutsame und vielbeachtete Beschluß, den politischen Burgfrieden aufzuheben, der, wie schon gestern gemeldet, mit 1 704 000 gegen 901 000 Stimmen gefaßt wurde. Bei der Abstimmung über diesen Antrag hat zweifellos die Mißstimmung der Arbeitermassen gegen das Kriegskabinett Lloyd George, die Kriegsverdrossenheit der Massen eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt. Die gegen den holländischen Friedensapostel Troelstra verhängte Sperre kann dem Antrag nur neue Anhänger zugeführt haben. Denn wenn auch die ganze englische Arbeiterpartei durchaus nicht auf Troelstras Standpunkt steht, so wird doch die ganze Partei getroffen und herausgefordert, wenn einem von ihr geladenen Gast die Landung auf dem einst so gastfreien englischen Boden verboten wird.

Die Kündigung des Burgfriedens ist keineswegs bloß eine theoretische Prinzipienerklärung. Sie bedeutet praktisch zunächst die Aufstellung selbständiger Arbeiterkandidaten bei allen Nachwahlen, über ihre weitere Bedeutung herrschen in der Partei selbst Meinungsverschiedenheiten.

Bekanntlich gehören nicht weniger als acht Mitglieder der Arbeiterpartei der Regierung an, und ihr Ausscheiden aus dem Kabinett müßte eigentlich als selbstverständliche Konsequenz des vom Kongreß gefaßten Beschlusses erscheinen. Nach der „Times" sind diese „Regierungssozialisten" (für sie trifft der Ausdruck, soweit sie überhaupt Sozialisten sind, zu) in eine Beratung der nunmehr entstandenen Lage eingetreten. Sie betrachten nach derselben Quelle den Beschluß als sehr ernst, sehen in ihm eine Kriegserklärung und befürchten von ihm eine Spaltung der Partei. Nach einer weiteren Nachricht sollen die Arbeiterminister beschlossen haben, nicht zurückzutreten, sie stützen sich dabei auf die von Henderson abgegebene Erklärung, daß die Arbeiterpartei das Ausscheiden ihrer Minister nicht wünsche. Der Kongreß selbst hat seinen Beschluß in dieser Richtung nicht weiter interpretiert.

Der regierungsfeindliche Charakter des Beschlusses wird indes durch folgende Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" bestätigt: „Nach der Rede des Präsidenten des Bergarbeiterverbandes Smillie, der die Hoffnung aussprach, daß das Ende des Burgfriedens für die Ergänzungswahlen auch das Ende der Beziehungen der Arbeiterpartei zur Regierung bedeuten würde, waren fast alle Reden gegen die Regierung gerichtet. Die Redner setzten sich für den Rücktritt der Minister der Arbeiterpartei ein. Minister Barnes sagte: Der Beschluß, den Burgfrieden aufzuheben, würde die Minister aus der Arbeiterpartei in eine wenig beneidenswerte Lage setzen. Er gehe von Personen aus, die in den letzten Jahren alles versucht hätten, aus der Kriegsmüdigkeit Münze

zuschlagen. Diese Menschen hätten von Anfang an jeder Regierung Steine in den Weg geworfen. Sie hätten alles getan, um das Volk von denjenigen, die den Krieg führten, zu trennen."

Hat so der Beschluß über den Burgfrieden zweifellos der kriegsfeindlichen Stimmung der Arbeitermassen Rechnung tragen sollen, so trat andererseits der Wille, den Krieg nicht durch einen entehrenden Frieden zu beschließen, rednerisch in noch schärfere Erscheinung. Der Vorsitzende Purdy durfte den Sieg seines Landes als unerläßliche Voraussetzung jeglicher Besserung feiern, ohne daß der anwesende Schwede Branting seinen Ausschluß aus der Internationale verlangte. (Gegen die deutschen Sozialdemokraten ist Branting unendlich viel strenger.)

Wir deutschen Sozialdemokraten denken international genug, um den Wunsch der Engländer nach dem Sieg ihres Landes begreifen zu können, fragen uns aber mit Bekümmernis, wo das Ende zu finden sein soll, wenn jede Partei am Schluß des vierten Kriegsjahres nach dem eigenen vollständigen Sieg ruft, mag sie nach den bisherigen Ergebnissen noch soweit von ihm entfernt sein. England und seine Verbündeten haben vier Jahre lang Zeit gehabt zu siegen, und es ist entschieden unrecht, daß die Welt das Mißgeschick ihrer Führer durch weiteres unabsehbares Kriegselend entgelten soll.

Auf alle Fälle zeigt aber der englische Arbeiterkongreß, daß die Hoffnung auf einen inneren Zusammenbruch Westeuropas, ähnlich dem Rußlands, keine Aussicht hat, sich in naher Zeit zu verwirklichen. Wenn man drüben auf unsern inneren Zusammenbruch wartet und hüben auf den der andern, kann der Krieg noch sehr lange dauern.

Ganz besondere Beachtung verdient das Hervortreten Kerenskis, das von den Anhängern der Kriegsfortsetzung mit unverkennbarer Regiekunst in Szene gesetzt wurde. Das flackernde Hoffnungsflämmchen des Ostens erscheint im Spiegel dieser suggestiven Beredsamkeit als blendendes Licht. Hier zeigt sich, in welchem Maße der von der Sozialdemokratie bekämpfte Friede von Brest-Litowsk geeignet war, die Hoffnung der Gegner auf die schließliche Niederringung Deutschlands zu stärken und kriegsverlängernd zu wirken. Wie anders stünden wir heute da, wenn wir mit Rußland einen Frieden geschlossen hätten, der dauernd gesicherte Ruhe im Osten gebracht hätte!

Mitteleuropa — eine Zwingburg der Hochschutzzöllnerei?

Der „Pester Lloyd" veröffentlicht eine interessante Unterredung mit dem Grafen Tisza über die deutschen Pressekommentare zu seinen Ausführungen über die Vertiefung des Bündnisses mit Deutschland. Im wesentlichen sagte Graf Tisza:

Ohne mich in eine Polemik mit den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers v. Payer einlassen zu wollen, möchte ich noch einmal auf die Darlegungen meiner ersten Rede hinweisen und speziell den wirtschaftlichen Teil derselben dahin zusammenfassen, daß auch ich sehr wohl ein weites Feld für wirtschaftliche Annäherung vor uns sehen. Dabei wird sowohl allgemein der Verkehr zwischen den wirtschaftlichen Mitgliedern des Bündnisses zunehmen, als auch im besonderen die Liste der zollfreien Waren wesentlich vermehrt werden können; ferner wird es möglich sein, den Zollsatz bei wenigstens dem größten Teil der übrigen Waren wesentlich herabzusetzen, dagegen halte ich die vollständige Zollunion auch für eine fernere Zukunft kaum für möglich.

Andererseits muß

vom agrarischen Standpunkt

allerdings das Hauptgewicht darauf gelegt werden, daß der anderen Staaten gegenüber gesicherte Zollschutz effektiv bleibt, daß daher das Gebiet des Wirtschaftsbündnisses für die wichtigeren der in Frage kommenden Artikel nicht zu einem Einfuhrgebiet werde, in welchem Falle der Zollsatz seinen Wert selbstredend ganz einbüßen würde. Dieser Gesichtspunkt soll bei Entscheidung der Frage, ob die außerhalb der zwei mitteleuropäischen Großmächte liegenden Gebiete und wenn ja, welche, zum Zollbündnis zugelassen werden, nie außer Acht gelassen werden. Es müßte jedem der beteiligten Staaten bezüglich neuer Teilnahme am Wirtschaftsbündnis das Vetorecht eingeräumt werden.

Es würde mich unendlich freuen, wenn sich sowohl meine früheren Erörterungen über den rein internationalen und defensiven Charakter des politischen Bündnisses als auch die jetzt erwähnten Gesichtspunkte sich mit der Auffassung des Herrn Vizekanzlers decken würden. Wäre dies wider Erwarten nicht der Fall, so glaube ich der Vertiefung unseres Verhältnisses zu Deutschland gedient zu haben. Die berufenen Faktoren des Deutschen Reiches werden ja ganz gewiß auch ein solches Bündnis dem jetzigen Zustande vorziehen, der ihren Wünschen nicht vollständig entspricht. Durch eine von absolut bundesfreundlicher Gesinnung getragene Darlegung der etwa bestehenden Differenzen glaube ich zur rechtzeitigen Beseitigung von Mißverständnissen beigetragen zu haben, welche, falls sie etwa in der öffentlichen Meinung der verbündeten Mächte weiter greifen und tiefe Wurzeln schlagen sollten, das Zustandekommen des Bündnisses erschweren und dasselbe jedenfalls seiner edelsten Frucht — nämlich des segenbringenden Gefühls gegenseitiger Zufriedenheit und Uebereinstimmung — berauben würde.

Graf Tisza sagt mit herzerfrischender Aufrichtigkeit, daß er auf ein Mitteleuropa pfeift, in dem Arbeiterschaft und Mittelstand keine willenlosen Opfer der Ritter von Ar und Halm sind und in dem nicht Österreich und Ungarn als gleichberechtigte Faktoren neben dem doch ungleich mächtigeren Deutschland stehen und ihm, wenn auch nicht befehlen, so doch verbieten können. Vielleicht mahnt diese Unbescheidenheit — gelinde gesprochen — die Enthusiasten Mitteleuropas, das als Ding an sich höchst wünschenswert ist, zu einiger Vorsicht gegen ihre künftigen Vertragsgenossen.

Der Vatikan zur Kühlmannrede.

Rom, 28. Juni. Der „Osservatore Romano" bespricht die Rede Kühlmanns und schreibt in einer redaktionellen Notiz: „Wir würden uns selber untreu werden, wenn wir uns nicht mit Kühlmanns Worten über den Verdacht, den wir jeder Initiative zur Friedensverhandlung entgegenstehen sahen, einverstanden erklärten." „Solange," hat Kühlmann gesagt, „als jede Erklärung in dieser Sache als Friedensoffensive hingestellt wird, kann man nicht verstehen, auf welche Weise ein Ideenaustausch zum Frieden führen könnte, aber ohne einen solchen Ideenaustausch sieht man nicht, bei der enormen Größe dieses Krieges, der Koalitionen und der Zahl der beteiligten Mächte auch der von jenseits des Meeres einbegriffen, die Möglichkeit, wie man hoffen könnte, dem Kriege allein durch die militärischen Entscheidungen, ohne diplomatische Aktionen ein Ziel zu setzen." Der „Osservatore" fügt hinzu: „Das war zur rechten Zeit in das Gedächtnis zurückgerufen, vor allem anderen durch die erhabenen Worte des Heiligen Vaters, als er in seinem denkwürdigen Brief an die kriegführenden Völker sagte: „Warum nicht von jetzt an die Rechte und die gerechten Bestrebungen der Völker mit einem reinen Gewissen betrachten, warum keinen direkten oder indirekten Austausch über die Annäherungsmöglichkeiten beginnen, zu dem Zweck über das mögliche Maß dieser Rechte und dieser Bestrebungen Rechnung anzustellen, und so schließlich diesen ungeheueren Kampf zu beenden, sowie es unter ähnlichen Verhältnissen früher geschehen ist?"

Bern, 27. Juni. Während die italienische Interventionspresse, wie „Corriere della Sera", „Secolo", „Perseveranza" und „Giornale d'Italia" in der Rede v. Kühlmanns zwar eine gewisse Ernüchterung des deutschen Weltmachtraums erkennen will, die Erklärungen aber als ziemlich ernstes Anzeichen verdächtigt und vor einer neuen Friedensoffensive warnt, ist die katholische Presse in der Beurteilung maßvoller. So erklärt die Mailänder „Italia", daß die Bedeutung der Rede derart ist, daß die größte Zurückhaltung in den Presseerörterungen angebracht sei. Alles führe zu dem Glauben, daß der Krieg nunmehr in eine politisch-militärische Phase von der größten Bedeutung eintritt.

Die österreichische Kabinettskrise.

Nach den Versuchen des Ackerbauministers, in der Krise einen Ausweg aufzuspüren, soll nunmehr Dr. von Seidler sein Glück versuchen. Im österreichischen Parlament wurde gestern nach einer Meldung des „Tag" mitgeteilt, Dr. von Seidler sei damit betraut worden, neue Verhandlungen mit den Parteien einzuleiten, um das Budgetprovisorium und die übrigen Staatsnotwendigkeiten zu sichern. Er soll besonders mit den Polen und den deutschen Sozialdemokraten in Verhandlungen treten, um diese zu bewegen, der Verabschiedung des Budgetprovisoriums keinen allzu großen Widerstand zu leisten.

Daß die Polen in ihrem Widerspruch gegen Seidler nachlassen, ist nicht anzunehmen. Der Ackerbauminister suchte sie durch wirtschaftliche Zugeständnisse für eine kurze Zwecksession des Reichsrats zu gewinnen, aber er stieß auf Granit. Sie lehnen Seidler unbedingt ab.

Das Verhalten der deutschbürgerlichen Parteien, die aus Seidlers Verbleiben, das bisher von allen übrigen Parteien entschieden verneint wurde, geradezu eine Kabinettsfrage machen, wird von der „Arbeiterzeitung" so abgestempelt: „Mit einem Worte: die Deutschbürgerlichen entstellten die politische Frage zu einer reinen Personenfrage und hindern die Einberufung des Reichsrats und die Konsolidierung der Verhältnisse, um den Herrn von Seidler an der Macht zu erhalten."

Die Deutschbürgerlichen stehen aber jetzt auf und nicht mehr allein, sie haben auch einen Sukkurs erhalten. Gestern haben die Ukrainer eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie einen Wechsel in der Person des Ministerpräsidenten als eine Kriegsfalle auffassen würden. Dadurch ist eine neue Komplikation eingetreten, die die Aussichten auf eine Einberufung des Reichsrats natürlich nicht steigert.

Die Prager Blätter veröffentlichen Einzelheiten über den Empfang der tschechischen Parteiführer beim Kaiser. Danach hatten diese dem Kaiser erklärt, daß auch ein Wechsel in der Person des Ministerpräsidenten ihre ablehnende Haltung gegenüber den Staatsnotwendigkeiten nicht ändern werde. Wenn man diesbezüglich in der Oeffentlichkeit eine andere Meinung habe, so beruhe dies auf einem Mißverständnis. Der Kaiser habe im Laufe einer Audienz wiederholt dem Wunsche nach Einberufung des Parlaments Ausdruck verliehen und erklärt, daß er jede Gelegenheit zum Abschlusse eines Friedens benützen werde.

Eine Art Vertrauenskundgebung für Dr. Seidler haben die sämtlichen Kabinettsmitglieder des gestürzten Kabinetts unternommen. Sie haben sich in corpore zu ihrem Chef begeben, um gegenüber unzutreffenden, entstellenden Zeitungsnachrichten vor ihm zu betonen, daß das Kabinett in der Frage der Notwendigkeit des Rücktritts einer Meinung gewesen sei. Nur über das, was nun werden solle, sei man verschiedener Ansicht gewesen. Und dann heißt es: „Sie empfänden das tiefe Bedürfnis, bei diesem Anlasse neuerlich der Freundschaft und unbegrenzten Verehrung für die Person des Ministerpräsidenten Ausdruck zu verleihen." — Diese Kundgebung für Seidler ist gewissermaßen eine Kundgebung für das ganze Kabinett Seidler.

Der italienische Ansturm am Col del Rosso.

Wien, 27. Juni. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: An der unteren Piave tasteten die Italiener auch gestern nur mit Erkundigungsabteilungen und Patrouillen vor. Der Gegenstoß eines unserer Radfahrerbataillone brachte 42 Gefangene ein. Dagegen kam es im Gebirge zwischen dem Ledrosee und der Brenta an mehreren Abschnitten zu einzelnen italienischen Vorstößen, in denen der Gegner sich nur blutige Verluste holte. Am 1278 Meter hohen Col del Rosso, östlich von Asiago, rannte der Feind nach Trommelfeuer seiner Artillerie dreimal gegen unsere Stellungen an. Schon das Vernichtungsfeuer unserer Geschütze riß tiefe Lücken in die stürmenden Massen. Wo die Sturmkolonnen bis an die Hindernisse kamen, wurden sie von den braven Deutsch-Oesterreichern der k. u. k. Infanterie-Regimenter Nr. 107 und 114 unter schwerster blutiger Einbuße zurückgetrieben.

Italienischer Heeresbericht vom 27. Juni. Am gestrigen Tage hielt die Kampftätigkeit sich auf der ganzen Front in gewöhnlichen Grenzen. Im nördlichen Serratal auf dem linken Etschufer wurde der Standort eines wichtigen vorgeschobenen feindlichen Postens von unseren kühnen Soldaten überrascht und vernichtet. Auf den Abhängen des Col del Rosso (Hochfläche von Asiago) besiegten unsere Patrouillen nach vorangegangenem Kampfe feindliche Vorposten, indem sie 61 Gefangene und zwei Maschinengewehre einbrachten. Der Feind antwortete hierauf mit einem starken zweimal wiederholten Angriff auf unsere vorgeschobene Linie, aber er wurde blutig zurückgewiesen. Die Zahl der am 25. Juni bei den Verbreiterungsversuchen beim Brückenkopf Capo Sile gemachten Gefangenen beträgt 8 Offiziere und eine Anzahl Mannschaften.

Wien, 28. Juni. Die Agenzia Stefani behauptet, daß die im österreichisch-ungarischen Generalstabsbericht vom 22. Juni veröffentlichte Gesamtzahl von 40 000 Gefangenen den Gesamtverlust der italienischen Armee an Toten, Verwundeten und Vermißten ausmache. Demgegenüber weist das Wiener k. k. Telegr. Corrbureau darauf hin, daß die Zahl der seit dem 15. Juni gemachten Gefangenen auf Grund genauer Zählung auf über 30 000 gestiegen ist, wobei die dem Feinde zugefügten blutigen Verluste nicht mit eingerechnet sind. Wie bereits amtlich verlautbart wurde, berechnet selbst die vorsichtigste Schätzung der österreichisch-ungarischen Heeresleitung den italienischen Gesamtverlust auf 150 000 Mann.

Die Eidesformel der Roten Armee.

Die Eidesformel, die in einer Sitzung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- und Kosakendeputiertenräte am 22. April genehmigt wurde, und die kürzlich zum ersten Male bei der Vereidigung der Roten Truppen durch Trotzki zur Anwendung kam, hat folgenden Wortlaut:

1. Ich, ein Sohn des werktätigen Volkes und Bürger der Räterepublik, übernehme den Beruf eines Kriegers im Arbeiter- und Bauernheer.

2. Vor dem Angesicht der werktätigen Klassen Rußlands und der ganzen Welt verpflichte ich mich, diesen Beruf in Ehren zu halten, das Kriegswesen gewissenhaft zu studieren und das Volks- und Kriegsgut wie meinen Augapfel gegen Beschädigung und Raub zu schützen.

3. Ich verpflichte mich, streng, unentwegt die revolutionäre Disziplin zu halten und widerspruchslos alle Befehle der Kommandierenden auszuführen, die durch die Macht der Arbeiter- und Bauernregierung eingesetzt sind.

4. Ich verpflichte mich, jeglicher Handlungen, die die Würde eines Bürgers der Räterepublik schädigen oder mindern, mich zu enthalten und meine Kameraden von solchen abzuhalten, ferner all mein Handeln und Trachten dem erhabenen Ziele der Befreiung aller Werktätigen zuzuwenden.

5. Ich verpflichte mich, dem ersten Rufe der Arbeiter- und Bauernregierung folgend, für den Schutz der Räterepublik gegen alle Gefahren und Anschläge von seiten aller ihrer Feinde einzutreten und im Kampfe für die Russische Räterepublik, für den Sozialismus und die Verbrüderung der Völker weder meine Kräfte noch mein Leben zu schonen.

6. Sollte ich böswillig von diesem meinem feierlichen Versprechen zurückweichen, so mag mich die allgemeine Verachtung und die Strafe der rauhen Hand des revolutionären Gesetzes treffen.

Interpellation im polnischen Staatsrat.

Warschau, 28. Juni. Im polnischen Staatsrat wurde gestern zu der Interpellation betreffend die Freilassung des verhafteten Staatsratsmitgliedes de Rosset das Antwortschreiben des Generalgouvernements Warschau verlesen, nach welchem de Rosset durch Urteil des Feldgerichts beim Gouvernement Warschau wegen Vergehens gegen die Aufruhrverordnung vom 8. Februar 1916 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Das Gericht nahm als bewiesen an, daß de Rosset in einer geheim erscheinenden Zeitschrift fortgesetzt Aufrufe und Aufsätze drucken ließ und verbreitete, in denen er offen zur Revolution und zu bewaffnetem Aufstand gegen die Besetzungsmächte aufforderte. Das Urteil ist bestätigt und rechtskräftig. — Auf eine Interpellation in Sachen der in Ungarn internierten Legionäre konnte Ministerpräsident Steczkowski von einem Entscheid des Oesterreichisch-Ungarischen Armeeoberkommandos und der zuständigen Behörden Mitteilung machen, nach welchem sämtliche Untertanen des Königreichs Polen, welche in den beiden Lagern bei Marmaros-Sziget interniert seien nächster Tage als sogenannte freie Reisende nach Hause entlassen würden. Es sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß sie ins polnische Heer würden eintreten können. (Lebhafter Beifall.) Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden ferner Interpellationen verlesen betreffend die polnischen Gefangenen und Arbeiter in Deutschland sowie Rückwandererfragen.

Kühlmann und Zentrum.

Die beiden größten bayerischen Zentrumsblätter nehmen gegenüber Kühlmann eine gänzlich entgegengesetzte Haltung ein. Der annexionistische „Bayr. Kurier" (München) bringt einen Leitartikel „Kühlmann, die wandelnde Leiche", worin „nachgewiesen" wird, daß das Bleiben des Staatssekretärs „geradezu zu einer politischen Unmöglichkeit" geworden sei. Die „Augsburger Postztg." aber schreibt: „Jetzt oder nie! denken die Alldeutschen und Annexionisten, und setzen alle Hebel in Bewegung, um Kühlmann zu stürzen." Das Blatt sagt, einer der sympathischsten Züge an Kühlmann sei im Gegensatz zu Helfferich, daß er nicht an seinem Amte klebe. Dann heißt es weiter:

Allein darauf kommt es jetzt nicht an. Es handelt sich um die Staatsnotwendigkeiten, die sein Verbleiben im Amte gebieterisch fordern, denen selbst das größte Opfer zu bringen Herr v. Kühlmann als Pflicht empfinden dürfte. Zunächst hat er noch ein ziemlich bedeutendes Pensum derjenigen Aufgaben aufzuarbeiten, die ihm anvertraut sind und für die er verantwortlich ist. Dann aber taucht die Frage auf: Was würde man im Auslande sagen? Würden unsere Feinde nicht die Absägung Kühlmanns als eine Bankrotterklärung der ganzen Politik auffassen müssen, welche durch die Reichstagsmehrheit und mit ihr durch die gegenwärtige Regierung inauguriert worden ist? Eine Bankrotterklärung der gesamten Verständigungspolitik, die man wieder als Heuchelei und als Falle hinstellen würde, indem ihre Träger vor den Verfechtern einer unversöhnlichen Annexionspolitik die Segel streichen? Kein Zweifel, daß eine solche Wendung geradezu katastrophal, mindestens aber kriegsverlängernd wirken müßte. Wir haben demnach alle Ursache zu wünschen, daß Herr v. Kühlmann einstweilen im Amte bleibt.

In diesem Sinne dürfte die Angelegenheit bereits entschieden sein. Daß Kühlmann in absehbarer Zeit seinen Platz räumen werde, war ja bisher nur eine einseitige Behauptung der alldeutschen Presse, wobei der Wunsch der Vater des Gedankens war.

Das ist der rechte Mann!

Ein Herrenhäusler über deutsche Kriegsziele.

In den „Görlitzer Nachrichten" findet das Herrenhausmitglied Graf Moon, jetzt hätten wir „die Macht, die uns der Sieg gegeben hat, um unseren niederworfenen Gegnern folgende Bedingungen vorzuschreiben":

Angliederung der jetzt belgischen Landesteile, Selbständigkeit des Flamenlandes. Abtretung der flandrischen und französischen Küste bis einschließlich Calais an Deutschland. Abtretung von Longwy und Briey. Frankreich tritt die Festungen Belfort, Toul und Verdun und die davorliegenden Grenzgebiete an Deutschland ab. England liefert seine gesamte Kriegsflotte an Deutschland aus.

Neben der Forderung auf die Rückgabe Aegyptens an die Türkei verlangt der Graf weiter die Uebergabe Serbiens und Montenegros an Oesterreich und Bulgarien, und Zahlung einer Kriegsentschädigung von rund 180 Milliarden Mark, für die auch Amerika aufzukommen habe. Bis diese Summe bezahlt ist, bleiben Frankreich und Belgien von Deutschland okkupiert.

Sollte sich Graf Moon mit diesem Programm als Nachfolger Kühlmanns bei den Alldeutschen in empfehlende Erinnerung bringen wollen?

Züchtigung der nationalliberalen Wahlrechtsfeinde.

Die nationalliberale Organisation des Wahlkreises Arnswalde-Friedeberg hat laut „Berl. Tagebl." folgende Entschließung gefaßt: „Die nationalliberale Partei des Wahlkreises Arnswalde-

Nr. 176 ♦ 35. Jahrgang

Beilage des Vorwärts

Sonnabend, 29. Juni 1918

Groß-Berlin

Die Herabsetzung der Kartoffelration

ist beschlossene Sache. Vom 1. Juli gibt es nur noch 8 Pfund und als Ersatz sollen 400 Gramm Hafernährmittel oder Teigwaren verteilt werden. Das Kriegsernährungsamt hofft indes, daß sich nach 10—14 Tagen die Kartoffelversorgung wieder bessern werde. Also wollen auch wir uns bis auf weiteres dieser Hoffnung hingeben.

Die Obst-Ver—sagungsstellen.

Die Reichsstelle für Gemüse und Obst schreibt uns: Durch die Blätter geht eine Notiz, daß die Obstzüchter des Havelobstgaues, die beim direkten Verkauf an den Kleinhändler für ihre Kirschen einen Höchstpreis von 65 Pf. je Pfund beziehen, in berechtigter Erregung über den heutigen „Hintenherumverkauf" ihrer Ware im Berliner Kleinhandel zu Wucherpreisen und über das Verschwinden der Werderkirschen vom Berliner Markt überhaupt beschlossen haben, die Reichsstelle für Gemüse und Obst um ein energisches Einschreiten gegen diesen Unfug zu bitten. Leider wenden sich die Obstzüchter an eine unrichtige Adresse. So beklagenswert es ist, daß oft die mit vieler Mühe für Berlin erfaßten und nach Berlin hereingeschafften Kirschen ihr eigentliches Ziel verfehlen, so ist doch weder die Reichsstelle für Gemüse und Obst, noch das Preußische Landesamt für Gemüse und Obst in der Lage, hier einzuschreiten. Die Reichsstelle sorgt dafür, daß soviel als möglich Ware aus den deutschen Ueberschußgebieten für die Bedarfsgebiete, in diesem Falle für Berlin, zur Verfügung gestellt und sachgemäß unter Berücksichtigung der überaus leichten Verderblichkeit der in Betracht kommenden Ware an ihren Bestimmungsort geleitet wird. Erst vor wenigen Tagen haben die Vertreter der Presse Gelegenheit gehabt, sich am Bahnhof Alexanderplatz davon zu überzeugen, wie trotz entgegenstehender Transport- und Ladeschwierigkeiten, ungünstiger Witterung und weiter Entfernungen dieser Teil der Aufgabe gelöst wird. Die Unterverteilung auf den Groß- und Kleinhandel und die unter den heutigen Verhältnissen ungemein schwierige Ueberwachung des Kleinhandels fällt dagegen in das ausschließliche Tätigkeitsgebiet des Magistrats Berlin und der mit täglich wachsendem Beamtenmangel kämpfenden Ortspolizeibehörden. Ausdrücklich hat auch erst vor wenigen Tagen der Hauptausschuß des Deutschen Städtetags sich für ein strenges Festhalten an der bewährten „Arbeitsteilung" dahin ausgesprochen, daß den Gemeinden allein die Aufgabe der Unterverteilung der zur Deckung ihres Bedarfs bestimmten Warenmengen verbleiben müsse, während die Reichs- und Staatsbehörden sich auf ein „oberverteilungsmäßiges" Erfassen und Heranschaffen dieser Waren zu beschränken haben würden.

Ob „Ober"- oder „Unterverteilung" — das Resultat ist, daß die Berliner noch immer kein Obst zu sehen bekommen. Wenigstens keines aus dem Havelobstgau, sondern nur ausländische Kirschen, die sie mit 2,10 M. pro Pfund bezahlen sollen. Welche bewährten Systeme und welche bewährte Arbeitsteilung innerhalb der Stellen herrschen, die uns alle zusammen kein Obst zu liefern imstande sind, ist den Berlinern im übrigen verdammt schnuppe.

Um ein paar Heringe.

In der Markthalle in der Eisenbahnstraße drängen sich Tag für Tag Hunderte von Käufern nach den Salzheringen, die auf Lebensmittelkarten abgegeben werden. Wer nach stundenlangem Warten endlich die begehrten Heringe erhält, kann sich glücklich schätzen, denn viele müssen nach Schluß der Verkaufszeit nach Hause gehen, ohne etwas bekommen zu haben. Dieser für die Käufer unerträgliche Zustand hat darin seine Ursache, daß in der Markthalle zurzeit nur ein einziger Händler Heringe hat und sie nur am Vormittag verkauft. Es würde im Interesse des Publikums liegen und eine schnellere Abfertigung ermöglichen, wenn die Fischverteilungsstelle des Magistrats mehrere Händler mit Heringen beliefern würde. In der erwähnten Markthalle gibt es sechs Händler, zu deren Branche der Hering gehört. Von diesen wurden drei von vornherein von der Belieferung ausgeschlossen, weil sie den Heringshandel erst seit 1915 betreiben. Man sollte doch, um den Käufern das stundenlange und oft vergebliche Anstehen zu ersparen, von der lediglich dem Geschäftsinteresse der älteren Händler dienende Maßnahme in diesem Falle absehen und alle Händler beliefern, damit das Publikum schneller abgefertigt werden kann.

Die Groß-Berliner Wohnungsfrage.

Der Bürgerbund Groß-Berlin, eine Organisation, die nur aus solchen Mitgliedern besteht, die in der kommunalen Verwaltung tätig sind, veranstaltete am Donnerstag im Festsaal des Abgeordnetenhauses eine Aussprache über die Wohnungsfrage.

Der erste Referent, Kommerzienrat Haberland, bezeichnete es als dringend notwendig, daß Maßnahmen gegen die Wohnungsnot ergriffen werden. Er hält aber nichts davon, daß Gewerberäume und öffentliche Gebäude zu Kleinwohnungen hergerichtet und die Dach- und Kellerwohnungen freigegeben werden, denn das alles sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein, auch sprächen mancherlei Bedenken gegen diese Pläne. Der als wirksames Mittel gegen die Wohnungsnot vorgeschlagene Bau von Baracken sei unzweckmäßig und unwirtschaftlich. Nach einer vom Referenten aufgemachten Berechnung würde der Bau von Baracken in einem Umfange, der den jährlichen Bedarf an 40 000 Kleinwohnungen befriedigt, einen Kostenaufwand von 23 Millionen Mark erfordern, die glatt weggeworfen würden, weil ja die Baracken wegen ihrer kurzen Lebensdauer und sonstiger Mängel nur als ein Provisorium angesehen werden könnten. Es müsse so bald wie möglich zur Errichtung fester Wohnhäuser geschritten werden. Die Baukosten würden sich jetzt und in der nächsten Zeit 150 Proz., später vielleicht 50—70 Proz. höher stellen als die Friedenspreise waren. Daß unter diesen Umständen die private Bautätigkeit aus eigenen Mitteln den Wohnungbedarf decken könne, sei nicht zu erwarten. Deshalb sei Hilfe aus öffentlichen Mitteln notwendig. Wenn Stadt und Reich in der Zeit der höchsten Baukosten den Unternehmern 100 Proz. der Baukosten a fond perdu zahlen, so würden dafür 20 Millionen Mark erforderlich sein. Man hätte dann definitive Bauten und brauchte nicht 23 Millionen Mark für provisorische Baracken wegzuwerfen. Die Vorbedingung für den Bau fester Wohnhäuser sei die baldige Herstellung von Ziegelsteinen, die wieder von der Kohlenbeschaffung abhänge. Für die zur Ziegelproduktion erforderlichen Kohlen müsse unbedingt gesorgt werden.

Der zweite Referent, Bürgermeister Walger-Friedenau, stimmte im wesentlichen mit dem Vorredner überein. Besonders wandte er sich gegen die in Aussicht gestellte Zivileinquartierung, d. h. die Unterbringung Wohnungsloser bei den Inhabern großer Wohnungen. Die Ausführung dieser Absicht würde einen Eingriff in das Heiligtum der Wohnung bedeuten und für die Einquartierten mit vielen Unzuträglichkeiten verknüpft sein. Alle Nothelfe zur vorläufigen Beschaffung an Wohnungen seien zu verwerfen. Die Errichtung fester Wohnhäuser müsse als einziges Mittel zur Befriedigung des Wohnungsbedarfs angesehen werden. Die Wohnungsnot sei eine unmittelbare Folge des Krieges. Zu ihrer Bekämpfung müßten Staat und Reich Mittel zur Verfügung stellen und die Gemeinden nach Maßgabe ihrer Verhältnisse mitwirken. Diese Unterstützungen sollen jedoch nur vorübergehender Natur sein. Sobald wie möglich müsse dem freien Spiel der Kräfte wieder Raum geschafft werden.

Daß die Mietpreise in den nächsten Jahren zu fabelhafter Höhe aufsteigen werden, scheint nach den Ausführungen der Referenten sicher. Bürgermeister Walger berechnete, daß bei den jetzigen Baukosten die Miete einer Zweizimmerwohnung sich auf 1600 M. und wenn Staat und Reich ein Drittel der Baukosten tragen, auf 800 M. stellen würden. Demgegenüber betonte der Vorsitzende, Professor Dr. Leidig, daß hier nur eine solche Lösung in Frage kommen könne, die die Herstellung von Wohnungen zu einem Mietpreise ermögliche, den die Arbeiter und die Angehörigen des Mittelstandes zahlen können. — Dahingehende Vorschläge konnte jedoch keiner der Versammlungsteilnehmer machen. Genosse Wissell, der als dritter Referent vorgesehen war, konnte leider wegen plötzlicher Erkrankung nicht an der Versammlung teilnehmen.

Oeffentliche Gesundheitspflege in Groß-Berlin.

In der letzten Sitzung des vom Bürgerausschuß Groß-Berlin für die öffentliche Gesundheitspflege eingesetzten Fachausschusses referierte der Direktor des „Kaiserin-Augusta-Viktoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit", Professor Dr. Langstein, über die Säuglings- und Kinderfürsorge in Groß-Berlin. Der Referent forderte ein einheitliches System für Groß-Berlin, das sich zu erstrecken hätte auf die in den verschiedenen Anstalten zu erhebenden Pflegesätze, die Bedingungen für die Zulassung zu den Fürsorgeeinrichtungen, Gewährung von Stillprämien, Ausbildung in den Pflegeschulen, Formularwesen u. a. m. Redner wünscht u. a. die einheitliche Durchführung eines Gesundheitsscheines, der das einzelne Kind vom Säuglingsalter bis zum militärpflichtigen Alter begleitet. Er betonte, daß er diese Forderungen auch als Vorsitzender der „Hauptstelle für Mutter- und Säuglingsfürsorge in Groß-Berlin" vertrete. Der Fachausschuß beschloß, diese Forderungen den einzelnen Groß-Berliner Gemeinden alsbald mitzuteilen und die Stadt Berlin zu bitten, eine Konferenz der Groß-Berliner Gemeindevertreter einzuberufen. Gleichzeitig wird der Vorstand des Bürgerausschusses die Forderungen Herrn Ministerialdirektor Kirchner unterbreiten und diesen um seine Unterstützung der Bestrebungen bitten. Ueber Schulhygiene referierten Prof. Dr. Grotjahn und Prof. Dr. Wolff. Auch auf diesem Gebiete bestehen große Mängel als Folge der kommunalen Zerrissenheit Groß-Berlins. Der Fachausschuß bekundete sein Einverständnis mit den Darlegungen der Referenten, indem er ihre Leitsätze annahm. Das Referat von Prof. Dr. Blaschko über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Groß-Berlin betonte besonders die Dringlichkeit einer einheitlichen gesundheitlichen Ueberwachung der Groß-Berliner Prostitution, da die jetzt infolge der Zersplitterung der Zuständigkeit der Polizeiverwaltungen unzulängliche Ueberwachung das öffentliche gesundheitliche Interesse gefährdet. Es wurde beschlossen, nach der in wenigen Wochen zu erwartenden gesetzlichen Regelung der Materie eine entsprechende Eingabe an die zuständigen Instanzen fertigzustellen. Im Anschluß an das Referat des Direktors der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, Albert Kohn, über „Soziales Versicherungswesen" wurde beschlossen, eine von dem Referenten und Herrn Prof. Grotjahn auszuarbeitende Eingabe wegen einheitlicher Durchführung der Familienversicherung im Anschluß an die während des Krieges geschaffenen Ansätze hierzu durch den Vorstand des Bürgerausschusses an das Oberversicherungswesen zu leiten. Die von Direktor Kohn vorgelegten Leitsätze wurden ebenfalls vom Fachausschuß angenommen.

Lieferung von Kohlen.

Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilte den Vertretern der Presse gestern mit, daß der in letzter Zeit täglich veröffentlichte Aufruf: „Holt eure Kohlen ab" gut gewirkt hat. Nur im Westen habe er wenig Erfolg gehabt, weil die dort wohnenden Verbraucher gewohnt seien, daß ihnen die Kohlen ins Haus gebracht werden, die Kleinhändler diese Bedingung jetzt aber schwer erfüllen können, und die Dienstmädchen sich meistens weigern, die Kohlen heranzuschaffen. Im Norden, Osten, Nordosten und Südosten sei die Belieferung der Verbraucher im allgemeinen glatt vonstatten gegangen. Wenn einzelne Händler bis jetzt noch nicht in der Lage gewesen sein sollten, die ihnen auf Grund der Kundenlisten zustehenden Kohlen zu erhalten, dann brauchen sie sich nur an die Kohlenstelle Groß-Berlin, Linkstr. 25, zu wenden, die für Belieferung der Händles sorgen werde.

Der Kohlenverband Groß-Berlin hat mit Wirkung vom 1. Juli ab zusätzlich zu der auf die Kochkarte zur Deckung des Kochkohlenbedarfs für den Sommer freigegebenen Kohlenmenge weitere Kohlenmengen von durchschnittlich je 10 Zentnern zum Bezuge gegen Vorlegung der Ofenkarte freigegeben. Bei normalen Versandverhältnissen werden die Verbraucher in der Lage sein, neben den im Sommer zu Kochzwecken benötigten Kohlenmengen bis zum Herbst rund 10 Zentner als Vorrat für den Winter zu beziehen. Die auf die Ofenkarte freigegebene Menge stellt einen Vorrat für den Winter dar. Sie kann daher von den Verbrauchern ohne Nachteil zu einem beliebigen Zeitpunkt des Sommers bis zum Herbst aber mit Sicherheit entnommen werden.

Vom 1. Juli ab darf gegen Vorlegung der Ofenkarte über 5 Zentner auf die Abschnitte 1—10, über 10 Zentner auf die Abschnitte 1—10, über 20 Zentner auf die Abschnitte 1—5, über 30 Zentner auf die Abschnitte 1—3, über 40 Zentner auf die Abschnitte 1—2, über 50 Zentner auf die Abschnitte 1—2, über 60 Zentner auf die Abschnitte 1—2, gegen Vorlegung der Kochkarte auf sämtliche mit den Ziffern 1, 2 und 3 bezeichneten Abschnitte auf jeden Abschnitt ½ Zentner Kohlen abgegeben und entnommen werden.

Bundesjubiläum des Arbeiterturnerbundes.

Der Arbeiterturnerbund, der Zentralverband der deutschen Arbeiterturnvereine, begeht am 7. Juli die Feier seines 25jährigen Bundesjubiläums, mit dem die diesjährige Bundesturnfahrt verbunden worden ist. Mit der Bundesturnfahrt sind, wie im Vorjahre, sportliche Wettkämpfe, allgemeine Freiübungen und turnerische Sonderaufführungen verbunden. Es ist vorweg die Jugend, die sich in ihren Künsten zeigen wird, sind doch mindestens 90 Proz. aller Mitglieder zwischen 18 und 49 Jahren im Heeresdienst. Dennoch versprechen die Anmeldungen eine recht rege Beteiligung, und, wenn wir hören, daß der Arbeiterturnerbund trotz der fortgesetzten Einziehung immer noch über 40 000 Vereinsangehörige mustert, kann man schon glauben, daß selbst die dezentralisierte Feier des Bundesjubiläums eine wichtige Demonstration für den Arbeitersport sein wird. Der sportliche Teil der Feier gewinnt auch dadurch lebhaftes Interesse, daß sich wiederum die weiblichen Mitglieder an den Wettkämpfen beteiligen. Es gibt für die errungenen Erfolge keinerlei Auszeichnungen und Belohnungen. Die Wettkämpfe sind reine Wertungs- und Maßübungen, um zu einem Vergleich der steigenden oder fallenden Leistungen zu kommen. Daß dabei die Ernährungsverhältnisse mitsprechen, darüber ist sich auch die technische Bundesleitung klar und sollen die Ergebnisse der Wettkämpfe auch nach dieser Seite Beachtung finden. Alles in allem, es ist ernste Arbeit, die da der Arbeiterturnerbund mit seinem Jubiläum verbindet und man kann nur wünschen, daß günstiges Wetter und lebhafte Beteiligung der Arbeiterschaft die mühselige Arbeit der Funktionäre auch belohnt.

Ein Ei kann auf Abschnitt 47 der Eierkarte vom 1.—14. Juli entnommen werden.

Kinderheimstätte. Die Stadtverordneten Barenthin u. Genossen (U. Soz.) haben der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die Errichtung einer Kinderheimstätte für schwächliche und bedürftige Kinder mit möglichster Beschleunigung in die Wege zu leiten."

Halbe Fahrkarten. Halbe Fahrkarten sind jetzt auch auf den österreichischen Staatsbahnen eingeführt worden, um Pappe zu sparen. Es wurden dort in den letzten 1½ Jahren 400 Millionen Fahrkarten gedruckt, wofür 400 000 Kilogramm Pappe notwendig waren. Die Teilung der Fahrkarten in zwei Stücke ist übrigens nicht zuerst von der Berliner Hoch- und Untergrundbahn eingeführt worden. Die Einrichtung hat seit vielen Jahren schon in verschiedenen Ländern, z. B. in Groß-Britannien, bestanden.

Die Lichtspiele Neue Philharmonie, Köpenicker Str. 96—97, bringen die Uraufführung des Lustspiels „Das Gänschen vom Lande". Hiernach zeigt die Neue Philharmonie nochmals das Drama „Opfer" mit Mia May in der Hauptrolle.

Das brütende Schwanenweibchen im Nest auf der Insel im kleinen Teich im Friedrichshain ist am 15. Juni abgeschlachtet und mitsamt den Eiern gestohlen worden. Der abgeschnittene Kopf lag im Nest. Die städtische Parkdeputation sichert demjenigen, der den Täter so nachweist, daß er gerichtlich bestraft werden kann, eine Belohnung von 50 M. zu.

Wohnungsnotdebatte in Neukölln.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurden drei neue Mitglieder des Magistrats eingeführt, die bisherigen Stadtverordneten Conrad und Dr. Silberstein aus der sozialdemokratischen Fraktion und Emmeluth aus der kommunalfortschrittlichen Fraktion, die zu unbesoldeten Stadträten gewählt sind. Oberbürgermeister Kaiser hieß in seiner Begrüßungsrede sie als wertvolle Mitarbeiter willkommen. Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter Genosse Scholz betonte, daß nach Friedensschluß die Heilung der Kriegsschäden ein wichtiges Arbeitsfeld für sie sein wird. — Die Wahl eines neuen Bürgermeisters, die bereits jetzt von den Stadtverordneten vollzogen wurde, obwohl Bürgermeister Dr. Weinreichs Amtsdauer noch lange nicht abgelaufen ist, ergab 45 Stimmzettel, wovon 15 unbeschrieben waren, 29 auf Stadtrat Dr. Mann lauteten und ein Trostzettel dem hinausgewählten Dr. Weinreich zufiel. Dr. Mann ist mithin zum Bürgermeister gewählt. — Die Stadtverordneten-Wählerliste wird wegen des Krieges auch in diesem Jahre nicht neu aufgestellt. — Der Straßenbahn-Einheitsvertrag des Zweckverbandes greift in Neuköllns Verträge mit den Straßenbahngesellschaften ein. Die Stadtverordneten stimmten der Erklärung des Magistrats zu, daß nach dem Beispiel Berlins auch die Stadt Neukölln gegenüber dem Verband auf Entschädigung aus den durch den Einheitsvertrag herbeigeführten Aenderungen ihrer Vertragsrechte verzichtet. Bedingung ist unter anderem, daß die Straßenbahnverbindung durch die verlängerte Kaiser-Friedrichstraße und die neuen Straßenbahnverbindungen durch den Südteil Neuköllns zustande kommen. Gebilligt wurde auch ein diese Verbindungen betreffender Vertrag, den der Zweckverband mit den Straßenbahngesellschaften abschließt und der zugleich einen alten Straßenpflasterungskosten-Streit aus der Welt schafft. — Der Bilderbühnenbund deutscher Städte will das Lichtspielwesen veredeln und immer mehr für Schul- und Volksbildung nutzbar machen. Die Stadt Neukölln tritt als außerordentliches Mitglied bei, um ihre demnächst zu eröffnende eigene Lichtbildbühne zu fördern. — Zur Erweiterung der städtischen Druckerei durch eine neue Maschine forderte der Magistrat 50 000 M. Stadtv. v. Wysiecki (altbürgerlich) hielt die Erweiterung nicht für wünschenswert und möchte Druckarbeiten überhaupt dem Privatgewerbe überlassen. Stadtv. Kyllmann bestritt, daß die privaten Druckereien jetzt den starken Bedarf der Stadt zu decken vermögen. Genosse Scholz stellte fest, daß die Druckerei der Stadt gut rentiert und im letzten Jahr 72 000 M. Ueberschuß gebracht hat. Für die Magistratsvorlage sprachen auch die Altbürgerlichen Vogt und Abraham. Sie wurde fast einstimmig angenommen. — Die notwendige Bekämpfung der Wohnungsnot erfordert Maßnahmen, die der Magistrat durch eine gemischte Deputation vorbereiten lassen will. Er will auch zur Baustoffbeschaffung für Wohnungsbauten schon jetzt die Ziegeleien der Stadt in Betrieb setzen und fordert dazu 50 000 M. Genosse Heitmann empfahl, die städtische Kommission für das Wohnungsamt zu verstärken und ihr die Bekämpfung der Wohnungsnot als Aufgabe zuzuweisen. Wie schlimm die Zustände im Wohnungswesen heute bereits sind und was wir vollends für die Zeit nach dem Kriege zu erwarten haben, davon gab unser Redner eine Schilderung, die den lebhaften Widerspruch der Altbürgerlichen hervorrief. Die Kommission müsse, forderte er, ihre Arbeit baldigst beginnen und einen Weg suchen, eine für Groß-Berlin gemeinsame Lösung herbeizuführen. Heitmann brachte auch die Mietesteigerungen zur Sprache, die sich oft auf 20, 30, 40, ja 50 Proz. und darüber belaufen. Er geißelte dieses Vorgehen vieler Hauseigentümer als Kriegswucher, gegen den die Gemeindeverwaltungen Groß-Berlins gemeinsam das Oberkommando anrufen sollten. Stadtv. Volk (altbürgerl.) hat von der „sogenannten Wohnungsnot", wie er sagte, noch nicht viel bemerkt. Uebertriebene Mietesteigerungen tadelte auch er. Stadtv. Abraham (altbürgerl.) behauptete, daß solche nicht von Neuköllner Hauseigentümern ausgehen, sondern von außerhalb wohnenden Personen, die in Neukölln Grundbesitz haben. Genosse Pollenske wies darauf hin, daß nach dem Kriege in Neukölln sofort 7—8000 Wohnungen gebraucht werden. Die Wohnungsnot werde dann noch mehr erbittern, als jetzt die Schwierigkeit der Lebensmittelbeschaffung. Nicht als Magistratsmitglied, sondern als Vorsitzender eines Grundbesitzervereins sprach Stadtrat Thiemann. Er bestritt, daß Mietesteigerungen in der von Heitmann angegebenen Höhe vorgekommen seien. Oberbürgermeister Kaiser bedauerte, daß die Magistratsvorlage diesen Streit verursacht habe. An ein Zusammengehen mit Groß-Berlin hat auch der Magistrat gedacht. Die Stadtverordnetenversammlung faßte den Beschluß, die auf 15 Mitglieder zu verstärkende Kommission für das Wohnungsamt mit der gewünschten Vorbereitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot zu betrauen.

Neukölln. Lebensmittel. An diejenigen, welche die ihnen auf Abschnitt 26 der Neuköllner Kartoffelkarte (rote Farbe) zustehende Kartoffelmenge nicht haben erhalten können, werden in den städtischen Verkaufsstellen als Ersatz ¼ Pfund Hülsenfrüchte, ¼ Pfund Hülsenfruchtmehl und 1 Pfund lose Suppen oder Suppenwürfel für die 14 Wochenabschnitte 26a bis g der Kartoffelkarte abgegeben, und zwar erfolgt die Abfertigung an Einwohner mit den Anfangsbuchstaben A—H am Montag, den 1. Juli, J—R am Dienstag, den 2. Juli, S—Z am Mittwoch, den 3. Juli. Der Verkaufspreis beträgt für Hülsenfrüchte bezw. Hülsenfruchtmehl 1,40 M. je Pfund, für lose Suppen 0,92 M. je Pfund, für Suppenwürfel je nach Aufdruck 10 oder 15 Pf. je Stück. — Vom 29. Juni bis 5. Juli dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist, auf den Abschnitt 38 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Neukölln 200 Gramm Graupen bezw. Grütze, auf den Abschnitt 39 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Neukölln 300 Gramm Weizengrieß abgegeben und entnommen werden. Der Verkaufspreis beträgt für 500 Gramm Graupen bezw. Grütze 88 Pf., für 500 Gramm Weizengrieß 32 Pf. Bei Bruchteilen darf der Betrag auf volle Pfennige abgerundet werden.

Spandau. Lebensmittel. In den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften hat der Verkauf von Marmelade gegen Abtrennung von Feld 108 der Hauptkarte und Feld 11 der Karte für Jugendliche begonnen. Auf jeden Abschnitt können 2 Pfund zum Preise von 0,92 M. pro Pfund entnommen werden. — Von heute ab kann auf jede Lebensmittelkarte gegen nochmalige Abstempelung ein weiteres ½ Pfund Kirschen verabfolgt werden.

Pankow. Hülsenfrüchte als Ersatz für Kartoffeln. Von jetzt ab gelangen in den durch Anschlag kenntlich gemachten Geschäften als Ersatz für fehlende Kartoffeln der vergangenen Woche Hülsenfrüchte (Ackerbohnen, Wicken, Hülsenfruchtmehl und Erbsen) zum Verkauf. Auf die Abschnitte 112d, e, f und g der Kartoffelkarte entfallen zusammen 225 Gramm Hülsenfrüchte. Der Preis für 500 Gramm beträgt 0,73 M., für 225 Gramm 0,33 M.

Lichtenberg. Stadtverordnetenversammlung. Die vom Genossen John geleitete Sitzung erledigte nach einigen Wahlen in städtische Ehrenämter auch die Wahl der ausgelosten Mitglieder des Aufsichtsrats der Waldsiedelung Berlin-Lichtenberg. Von unseren Genossen wurden Mirus und Günther wiedergewählt. Zu die Wohnungsdeputation wählte die Versammlung von unseren Genossen die Stadtverordneten Heckert und Scheffel und als Bürgerdeputierten den Genossen Trinks. Aus der Kommission, die zu der vom Magistrat eingebrachten Vorlage bezüglich der Verpachtung der öffentlichen Märkte verhandelt hatte, wurde berichtet, daß es gelungen sei, die Pachtsumme von dreißig- auf vierzigtausend Mark zu erhöhen. Die Versammlung erklärte sich ohne Widerspruch einverstanden. Eine längere Debatte entstand anläßlich der Vorlage wegen Schaffung einer Stadtschulrats- und Stadtmedizinalratsstelle. Der Magistrat betont in seiner Vorlage, es sei anzustreben, daß dem Stadtmedizinalrat die Geschäfte des Kreisarztes und dem Stadtschulrat die Geschäfte des Kreisschulinspektors übertragen werden. Hiergegen wendet sich Justizrat Schachtel, der hervorhebt, daß insbesondere die Tätigkeit des Stadtmedizinalrats eine so umfassende sein werde, daß eine kreisärztliche Betätigung gar nicht möglich sein dürfte. Die Forderung des Physikatsattestes würde die Zahl der Bewerber sicherlich erheblich beschränken. Genosse Eisenstädt verweist auf die Wichtigkeit der Stelle und bemängelt die Höhe des ausgesetzten, seines Erachtens ganz unzureichenden Gehalts. Genosse Mirus erörtert eingehend die Notwendigkeit der kreisärztlichen Befähigung. Schon um Reibungen zwischen Kreisarzt und Stadtmedizinalrat zu vermeiden, sei die Forderung zweckmäßig. Bezüglich des Stadtschulrats erklärt Genosse Mirus, daß auch hier ein angemessenes Gehalt gezahlt werden müsse, wenn eine tüchtige Kraft in Frage komme. Die Mehrheit entscheidet dahin, daß von der Forderung der Beibringung des Physikatsattestes abzusehen sei. Im übrigen wurde eine Kommission gewählt, die die Prüfung der Bewerbungen vorzunehmen hat und der die Genossen John, Mirus und Peterhansel angehören. — Im Laufe der Debatte stellt Stadtverordneter Lindner (Bürgerl.) die Anfrage, ob die alarmierenden Gerüchte auf Wahrheit beruhen, wonach uniformierte Personen in die Schulhöfe eingedrungen seien und den Kindern die Schulmappen abgenommen hätten. Oberbürgermeister Ziethen erklärte, seine Nachfrage bei der Polizei und in den Schulen habe ergeben, daß die Gerüchte völlig unzutreffend seien. Genosse Mirus ersuchte um ausdrückliche Veröffentlichung dieser Erklärung. — Eine weitere Vorlage fordert die Erhöhung der Kurkostensätze für das städtische Krankenhaus. Genosse Heckert wendet sich dagegen. Es sei eine unsoziale Maßnahme, zumal in vielen Berliner Krankenhäusern noch niedrigere Sätze gefordert werden. Die Vorlage gelangt aber mit Mehrheit zur Annahme.

— **Zum Ausgleich für entgangene Milch** wird vom 1. Juli ab den Kindern vom 1. bis 6. Lebensjahre je 1 Pfund Haferflocken oder 1 Pfund Kindergerstenmehl und den Kindern vom 6. bis 12. Lebensjahre je 1 Pfund Morgentrank gegeben. Die Ausgabe erfolgt auf die Lebensmittelkarten SKG Abschnitt 237 in den städtischen Verkaufshallen.

Reinickendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 40 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin werden 200 Gramm Graupen und auf Abschnitt 41 100 Gramm Grieß und 100 Gramm Mischsuppen abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhändlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 1. Juli zu erfolgen, spätere Anmeldungen werden nicht mehr angenommen. — In der Zeit vom 1.—4. Juli wird auf Abschnitt 10 der Eierkarte in den bekannten Verkaufsstellen je 1 Ei zum Preise von 38 Pf. abgegeben.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Bezirksjugendkonferenz, welche am Sonntag, den 30. Juni, vormittags ½9 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr. stattfindet, sollte von allen an der Jugendbewegung interessierten Genossinnen und Genossen besucht werden. Auch die Orte, in welchen die Jugendarbeit noch ruht, müssen vertreten sein, damit der planmäßige Aufbau der Jugendbewegung auch da in die Wege geleitet werden kann.

Soziales.

Die eingetragenen Genossenschaften im Jahre 1917.

Die Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens im Jahre 1917 ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

	Bestand am 1. Januar 1917	Bestand am 31. Dezember 1917
Kreditgenossenschaften	19 853	19 966
Gewerbliche Genossenschaften (Rohstoff-, Absatz-Lieferungs-)	1 798	2 180
Gewerbl. Produktivgenossenschaften	526	524
Gewerbliche Werkgenossenschaften (Mühlen-, Transport-, Abfuhr-)	197	196
Wareneinkaufsvereine und Handelsgenossenschaften	422	480
Landwirtschaftliche Bezugsgenossenschaften	2 714	2 784
Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaften	24	24
Landwirtschaftliche Absatz- und Verwertungsgenossenschaften	601	660
Landwirtschaftliche Werkgenossenschaften	2 017	2 094
Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen	21	22
Landwirtschaftl. Produktivgenossenschaften	4 036	4 051
Zucht- und Weidegenossenschaften	566	585
Konsumvereine	2 412	2 415
Baugenossenschaften	1 404	1 408
Vereinshäuser	132	135
Sonstige Genossenschaften	566	581
	37 289	38 105

Aus der Tabelle ergibt sich, daß die Zahl der eingetragenen Genossenschaften im Berichtsjahre nur eine ganz geringe Veränderung erfahren hat. Abgesehen von den gewerblichen Rohstoff-Absatz- und -Lieferungsgenossenschaften, die unter dem Einfluß des Krieges um 382 zugenommen haben, haben nur die landwirtschaftlichen Genossenschaften eine Zunahme aufzuweisen, die insgesamt 239 Vereine beträgt.

Rückzahlung der für einen Vermißten über seinen Tod hinaus bezahlten Krankenkassenbeiträge. Ein Handwerker war seit seiner im August 1914 erfolgten Einberufung zum Heeresdienst freiwilliges Mitglied der Krankenkasse. Seine Ehefrau hatte, obgleich er seit Oktober 1915 vermißt wurde, doch die freiwilligen Beiträge weiterbezahlt, weil sie hoffte, daß ihr Mann noch am Leben sei. Erst im April 1917 erlangte sie die Gewißheit, daß ihr Mann bereits im Oktober 1915 gefallen war und nun forderte sie von der Kasse die seit dem Tode ihres Mannes für ihn entrichteten freiwilligen Beiträge zurück. Die Kasse lehnte die Erstattung der Beiträge ab. Die für das Jahr 1915 gezahlten Beiträge — so behauptete die Kasse — seien bereits verjährt, und auch im übrigen bestehe kein rechtlicher Anspruch auf deren Rückzahlung, da die Kasse ja während der ganzen Beitragsdauer das Risiko getragen habe und der Antragstellerin auf Verlangen auch hätte Familienhilfe gewähren müssen. Auf Klage der Ehefrau des Gefallenen hat das Versicherungsamt Leipzig (IX. B. 44) die Krankenkasse zur Erstattung der Beiträge für 1916 und 1917 verurteilt, die für 1915 entrichteten Beiträge jedoch gemäß § 29, Abs. 2 RVO. für verjährt erklärt. Die freiwillige Mitgliedschaft — so heißt es in den Gründen — ist ein Akt des persönlichen Willens und stützt sich lediglich auf die Person des Versicherten. Dieser persönliche Wille erlischt mit dem Todestage ohne weiteres. Also ist auch die freiwillige Mitgliedschaft des Ehemannes der Klägerin und seine Verpflichtung zur Beitragsleistung mit seinem Todestage erloschen. Die Beiträge über den Todestag hinaus sind zu Unrecht gezahlt und angenommen worden, und die Beklagte ist verpflichtet, sie, soweit sie nicht gemäß § 29, Abs. 2, verjährt sind, zurückzuerstatten.

Gerichtszeitung.

Der Doppelmord von Groß-Behnitz.

Ein schweres Verbrechen, bei welchem zwei Beamte durch Mörderhand den Tod fanden, beschäftigte das Schwurgericht des Landgerichts III. Aus der Untersuchungshaft wurden vorgeführt: der 24jährige Schneider Georg Jaros, der 20jährige aus Polen gebürtige Arbeiter Andreas Krawiec und der 26jährige Händler Friedrich Kaiser. Die von Staatsanwalt Simon vertretene Anklage gegen alle drei lautet auf schweren Diebstahl unter Mitführung einer Waffe, ferner gegen Jaros und Krawiec auf Mord, begangen an dem Hilfsweichensteller Wilke und dem Bahnarbeiter Krenzlin. Als Verteidiger der Angeklagten treten die Rechtsanwälte Dr. Großmann, Justizrat Leo Kempner und Dr. Max Kantorowicz auf. — Wie die Anklage annimmt, lebt der u. a. wegen Hehlerei mit 4 Monaten Gefängnis vorbestrafte Angeklagte Kaiser seit langem nur von allen möglichen Eigentumsvergehen, insbesondere von Einbrüchen bei Landwirten in der Umgegend von Berlin, bei denen Schweine, Hühner, Kaninchen usw. gestohlen wurden, die dann in Berlin zu Schleichhandelspreisen verkauft wurden. Sein Gehilfe hierbei ist der Mitangeklagte Krawiec, der sich als russischer Staatsangehöriger unangemeldet bei ihm aufhielt. Als Dritter im Bunde gesellte sich der Angeklagte Jaros zu ihnen, der u. a. wegen Körperverletzung, Diebstahls und Selbstverstümmelung vorbestraft ist. — Am Abend des 15. Februar d. J. trafen sich die drei mit Rucksäcken und einem Koffer, der elektrische Taschenlampen und das Einbrecherwerkzeug enthielt, auf dem Stettiner Bahnhof und fuhren mit dem letzten Zug um ¾12 Uhr nach Groß-Behnitz, wo sie gegen 1 Uhr eintrafen. Hier händigte Jaros dem Krawiec eine Parabellumpistole aus mit dem Bemerken „für den Fall einer Störung". Während Jaros und Kaiser den Stall des pensionierten Eisenbahnbeamten Rostock erbrachen und sechs Hühnern und mehreren Kaninchen die Köpfe eindrückten, stand Krawiec mit der scharfgeladenen Pistole draußen „Schmiere". Durch eine in dem Hause wohnhafte Frau Stumm wurden die Diebe verscheucht. Sie versteckten den Rucksack mit der Beute im Walde und begaben sich nach dem Bahnhof, wo sie Einlaß in den Wartesaal erlangten. Inzwischen war der Diebstahl bemerkt worden. Der Bestohlene teilte den Sachverhalt dem Arbeiter Toll mit, der mit dem ersten Zuge nach Spandau zur Arbeit fahren mußte, und dieser meldete den Einbruch dem stellvertretenden Bahnhofsvorsteher, Bahnassistent Hakenholz, damit auf verdächtige Fahrgäste aufgepaßt würde. Als die Angeklagten Jaros und Krawiec dann mit den Rucksäcken erschienen, wurden sie von Hakenholz angehalten und in den Dienstraum gebracht, während man Kaiser, da er besser gekleidet war und nichts bei sich trug, unbeachtet ließ. In einem unbeobachteten Augenblick machte Jaros mit dem Zeigefinger die Bewegung des Abdrückens einer Schußwaffe, worauf ihm Krawiec heimlich die Pistole zusteckte. Er entsicherte die Waffe und sprang mit einem „Guten Morgen, meine Herren!" auf die Tür zu. Hier fiel ihm der Hilfsweichensteller Wilke in die Arme und im nächsten Augenblick entstand ein furchtbarer Kampf, bei dem sogar die Tür aus den Angeln gehoben wurde und Wilke einen Bruch des rechten Armes erlitt. Trotzdem packte Wilke den Verbrecher wieder und drückte ihn an die Wand. In diesem Moment gab Jaros zwei Schüsse auf W. ab, die dessen Nase durchbohrten und in der Schulter sitzen blieben. Durch die Schüsse alarmiert, stürzten Hakenholz und der Bahnarbeiter Krenzlin hinzu. Jaros feuerte sofort auch auf diese und Krenzlin brach, von einem Schuß in die Leber tödlich getroffen, zusammen. Gleich darauf setzte er dem schon schwerverwundeten Wilke, der ihn immer noch festhielt, die Pistole auf die Brust und drückte ab. Auch Wilke brach, zu Tode getroffen, zusammen. Nach dieser furchtbaren Tat liefen Jaros und Krawiec die Schienen entlang; Jaros kehrte jedoch noch einmal um und holte seinen am Tatort zurückgelassenen Hut. Als die beiden Verbrecher in der Nähe der Ortschaft Selbelang von dem Gendarm Werner III angehalten wurden, übergab ihm Jaros freiwillig die Pistole mit dem Hinzufügen, er habe eben in Groß-Behnitz zwei Leute erschossen.

Die Vormittagssitzung wurde fast vollständig durch die Vernehmung des Angeklagten Jaros ausgefüllt. Sie entrollte ein trauriges Bild jugendlicher Verwahrlosung: Jaros ist in Magdeburg geboren und hat dort die Schule besucht. Schon im Alter von 12 Jahren stand er das erste Mal wegen eines Diebstahls vor dem Strafrichter. Noch in demselben Jahre beging der damals Dreizehnjährige einen Raubanfall, wurde aber nur wegen Körperverletzung verurteilt und im Anschluß daran in eine Erziehungsanstalt gebracht, aus der er mehrere Male entwich und neue Straftaten verübte. Zum Militär in Halle eingezogen, beging J., angeblich in selbstmörderischer Absicht, eine Selbstverstümmelung, indem er sich mit einem Beil den Mittelfinger der rechten Hand abhackte. Nach Kriegsausbruch wurde er bei einem Armierungsbataillon eingezogen, beging aufs neue allerlei Straftaten und wurde u. a. wegen unerlaubter Entfernung zu 43 Tagen Gefängnis verurteilt. Im Januar 1917 kam er nach Berlin, wo er auf der Weidendammer Brücke und in Schankwirtschaften einen Handel mit Süßigkeiten betrieb. — Während der Vernehmung des Angeklagten stellte Rechtsanwalt Dr. Großmann den Antrag, ihn zwecks Beobachtung seines Geisteszustandes einer Irrenanstalt zu überweisen, da der Großvater des J. im Delirium gestorben sei, eine Schwester sich schon in einer Irrenanstalt befunden habe und deshalb erhebliche Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit beständen. Auch die Verteidiger der beiden Mitangeklagten, Justizrat Dr. Kempner und Dr. Max Kantorowicz schlossen sich diesem Antrag an, dem das Gericht auch stattgeben mußte. Die Verhandlung wurde demgemäß auf unbestimmte Zeit vertagt.

Begünstigung beim Zigarrenverkauf. Daß auch beim Zigarrenverkauf nicht immer nach dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle" gehandelt wird, zeigte eine Verhandlung, die gestern vor der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts stattfand. Die Klägerin Frau K. war Filialleiterin bei der beklagten Zigarrenfirma Hagedorn und wurde entlassen, weil sie im Verdacht stand, einzelne Personen den Vorschriften der Firma zuwider bei der Abgabe von Zigarren begünstigt zu haben. Wegen der eingetretenen Warenknappheit hatte die Beklagte ihre Filialleiter angewiesen, an die Kundschaft nicht mehr wie zwei Zigarren für den Tag abzugeben. Die Klägerin habe aber an einzelne Herren 5 bis 6 Stück am Tage verkauft. Man vermutete auch, daß sie einem ihr nahestehenden Herrn die Zigarren kistenweise zustecke, und sogar ohne Bezahlung. Bei einer solchen heimlichen Abgabe einer Kiste wurde sie von einem Kriminalbeamten abgefaßt, worauf sowohl ihre Verhaftung wie diejenige des Kunden erfolgte. Das gegen beide eingeleitete Strafverfahren schwebt noch. Die Klägerin verteidigt sich damit, daß die Kiste am nächsten Tage bezahlt werden sollte, und daß die Beklagte die kistenweise Abgabe an eingetragene Kunden billigte. Das letztere gibt die Firma auch zu: der betreffende Herr gehörte aber nicht zu diesen bevorzugten Kunden. Sie nehme auch weniger an der Bevorzugung wie an der nach ihrer Ansicht beabsichtigten Entwendung Anstoß. — Das Kaufmannsgericht beschloß das Verfahren bis zur Erledigung des gegen die Klägerin schwebenden Strafverfahrens auszusetzen.

Aus aller Welt.

Eine Raubmörderbande vor dem Kriegsgericht. Das Kriegsgericht in Oppeln verhandelte gegen die Raubmörderbande Chleboseh und Genossen wegen Raubmordes, begangen an dem Kaufmann Löwenstamm in Guttentag am 4. Februar 1918 und dem Besitzerssohn Franz Murek aus Jezowa am 28. Februar 1918. Der Haupttäter Johann Chleboseh wurde zweimal zum Tode, 14 Jahren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und Polizeiaufsicht, die Mitangeklagten Mathilde Schallaft zu 10 Jahren Gefängnis, Häusler Samuel Smasek zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht, die Ehefrau Smasek wegen Beihilfe zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis, Paul Smasek wegen Beteiligung und Beihilfe an dem Morde des Murek zu 5 Jahren Gefängnis, Walter Smasek wegen Beihilfe zu 1 Jahr Gefängnis und Vallentin Smasek wegen Beihilfe zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt.

Bergwerksunglück. Bochum, 28. Juni. Aus Herne wird gemeldet: Auf der Zeche „Shamrock" wurden sechs Bergleute durch Kohlen und Gesteinsmassen verschüttet. Ein Arbeiter konnte unverletzt geborgen werden. Die Rettungsarbeiten werden mit allen erdenklichen Mitteln gefördert. — Aus Unna wird berichtet: Auf der Zeche „Massa" wurden mehrere Bergleute verschüttet. Die Leichen wurden geborgen. („Frkf. Ztg.")

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugendheim. Lindenstr. 3. Sonntag: Heimöffnung 5 Uhr: Gesellige Zusammenkunft, Dienstag und Donnerstag, abends 7 Uhr: Spielen im Treptower Park, Platz 6. Bringt neue Freunde und Freundinnen zu unseren Veranstaltungen mit und werbt unablässig neue Mitglieder für den Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin!

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 30., vormittags 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neukölln, Idealkasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 43 bei D. Pamp: „Freireligiöse Vorlesung." — Vorm. 10½ Uhr Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Ernst Däumig: Wanderungen durch die Kirchengeschichte. XIX. Kirche und Krieg. — Mittwoch, den 3. Juli, abends 8 Uhr, Sebastianstr. 39, Mitgliederversammlung: Vortrag von Herrn Ernst Däumig. Mitgliedskarte ist vorzuzeigen.

Der Turnverein „Fichte" Berlin eröffnet am 3. Juli, abends um ½7 Uhr, in der 56. Gemeindeschule, Gotenburger Str. 4, seine neue Schüler- und Schülerinnen-Abteilung. Eltern, welche gewillt sind, ihre Kinder dorthin zum Turnen zu schicken, werden ersucht, dies am Eröffnungstage zu tun, da die Aufnahme an diesem Tage vom Eintrittsgeld befreit. Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (E. a. G.), Hamburg. Filiale Berlin I. Am Sonnabend, den 29., abends 8½ Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5—7, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Ortsverwaltung. Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung. Wahl eines Wahlkomitees. Statutenberatung. Verschiedenes. — Filiale Berlin 5. Sonnabend, den 29., abends 7½ Uhr, bei Thiel, Rückerstr. 7, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Wahl der Abgeordneten für die Generalversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

M. 1883. 1. Die Steigerung ist rechtsverbindlich. Sie werden dagegen nichts unternehmen können. 2. Sie müssen den betreffenden Kunden zur Abholung des Stoffes auffordern und Versteigerung androhen. — **R. Z. B. 129.** Anmeldung der Tabakpflanzen muß in dem Falle erfolgen. — **E. T. 14.** Der Verein ist uns nicht näher bekannt, wir können Ihnen die bestimmte Zusicherung nicht geben. — **F. P. 801.** 1. Nein. 2. Ja. — **H. P. 71.** 1. Sie sind krankenversicherungspflichtig und haben daher Anspruch auf die Zusatzkarte. 2. Ja. — **Feldgrauer 01.** Der Antrag muß beim Kompagnieführer gestellt werden. — **H. Z. 999.** 1. Eine Erhöhung der Rente kann nicht erwirkt werden. 2. und 3. Nein, da eine Fahrlässigkeit jedenfalls nicht nachgewiesen werden kann. 4. Es besteht nur Anspruch auf die Hinterbliebenenrente aus der Unfallversicherung, die ja gezahlt wird. — **Neukölln 84.** Sie können zur Mehrzahlung verpflichtet werden. Steigerung ist zulässig. — **W. K. 230.** Nur wenn Sie ländlichen Besitz erwerben wollen, können Sie Antrag auf Abfindung stellen. — **F. 2. 1901.** Es empfiehlt sich, unter Bezug auf die Bundesratsverordnung vom 26. 7. 17 sich schriftlich an das Mieteinigungsamt mit dem Antrag der Aufhebung der Kündigung und Steigerung zu wenden. — **Wölter.** 1a. Kohlenverband Groß-Berlin, Berlin W 9, Linkstr. 25. 1b. Kohlenverteilung der Kriegsamtsstelle in den Marken, ebendaselbst. 2a. Ja, wenn keine Warnung angebracht ist. 2b. Ja. 2c. Unter denselben Umständen wie angegeben. — **D. M. 86.** Kriegszulage ist nicht steuerpflichtig. — **Karlas 15.** Sie können Antrag auf Entlassung aus der Untersuchungshaft bei dem Gerichtsherrn stellen. — **F. T. 111.** 1. Dazu bedürfen Sie keines polizeilichen Ausweises. 2. Ja. — **Alter Abonnent 20.** 1. Wenden Sie sich an den Regimentskommandeur des genannten Regiments. 2. Reichstagsabgeordneter Daniel Stücklen, Berlin NW 7, Reichstag. 3. Sie werden sich in Anbetracht der Kriegsumstände mit der Reparatur gedulden müssen. — **Alt-Glienicke 1001.** Wenn auch Großeltern nicht mehr vorhanden sind, so erbt in kinderloser Ehe der überlebende Ehegatte allein. — **Gottlieb.** Der Vater sollte sich an den Invalidendank, Unter den Linden, wenden. — **R. M. 85.** 1. Darüber sollten Sie sich bei Ihrer jetzigen Gewerkschaftsorganisation befragen. 2. Blücherstr. 13. — **Grete, Friedenau 40.** Sie haben keinen Anspruch auf den Nachlaß. Sie müssen den Eltern Ersatz für die verlorenen Sachen geben. Auch haben Sie keinen Anspruch auf den Verlobungsring. — **R. W. 1.** 1. Bei der betreffenden Versicherungsanstalt, bei der die Marken geklebt sind. 2. Schlossers Weltgeschichte. — **L. B. 2.** Sie werden die Mietserhöhung tragen müssen, da sie nicht ungewöhnlich hoch ist. — **L. F. 32.** 1. Ja. 2. Der volle Ersatz wird jedenfalls nicht geleistet. 3. Der Antrag kann beim Magistrat eingegeben werden. — **T. 100.** Nein. — **W. L., Neukölln.** Im Bedürftigkeitsfalle werden bis 50 M. gezahlt. — **Otto 23.** 1. und 2. Sie können Antrag auf Mietsunterstützung bei der Gemeinde stellen. Ob Sie Ihnen gewährt wird, ist allerdings in Ihrem Falle zweifelhaft, da die Eltern Mitbewohner sind. 3. und 4. Eine solche Verfügung ist uns nicht bekannt. Sie können aber den Versuch machen. 5. Darüber ist uns nichts bekannt. — **P. M. 30.** Der Hauswirt bzw. Verwalter ist verpflichtet, den Mietern die Lebensmittelkarten zu bringen. Evtl. führen Sie Beschwerde bei der Brotkommission. — **Hlm. 17.** 1. Sie können Ihre Forderung gegen den Nachlaß geltend machen. Da das Kind mit erbberechtigt ist, müßte sich der Vormund übrigens darum bekümmern, daß der überbleibende Teil dem Kinde zugesprochen wird. 2. Das Testament ist rechtsgültig, wenn es in vorschriftsmäßiger Form abgefaßt ist.

Wasserstandsnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		26. cm	27. cm	Wasserstand am		26. cm	27. cm
Memel	Tilsit	108	—	Saale	Grochlitz	64	68
Pregel	Insterburg	—40	—	Havel	Spandau	26	27
Weichsel	Thorn	3	—	„	Rathenow	—20	—21
Oder	Ratibor	126	120	Spree	Spremberg	66	—
„	Krossen	36	57	„	Kersdorf	188	186
„	Frankfurt	22	29	Weser	Münden	118	126
Warthe	Schrimm	—12	—6	„	Minden	186	187
„	Landsberg	—36	—34	Rhein	Maximilian	—	—
Netze	Bordamm	—42	—39	„	Caub	302	—
Elbe	Leitmeritz	—93	—82	„	Cöln	270	283
„	Dresden	—212	-214	Neckar	Heilbronn	—	—
„	Barby	2	—1	Main	Hanau	—	—
„	Magdeburg	12	9	Mosel	Trier	—	—

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Zeitweise heiter, aber sehr veränderlich, in den Tagesstunden mäßig warm, an den meisten Orten etwas Regen, an einzelnen Gewitter.

Deutsches Theater.
Mit Max Pallenberg
Sonnabend, Sonntag 8 Uhr:
Familie Schimek.
Montag: **Bibikoff.**

Kammerspiele.
Allabendlich 7½ Uhr:
Inkognito. (Operette.)

Volksbühne, Th. a. Bülowpl.
Allabendlich 7½ Uhr:
General Yorck.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: **Die Schwestern und der Fremde.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Die Zarin.**

Berliner Theater
7¾ U.: **Blitzblaues Blut.**

Theater Hochschule für Musik
Sonntag 7½ Uhr: **Nora.**
Kt. 2-6 Werth. u. Kastellan.

National-Theater
¾8 Cöpenicker Str. 68. ¾8
Noch nie dagewesener Lacherfolg:
Mäuschen.
Militärhumoreske in 3 Akten.
Musik von Walter Bromme.
Sonntag 3½: **Haubenlerche.**
Vorverk. 10 U. ununterbroch.

Rose-Theater.
7½ Uhr: **Bachstelzchen.**
Gartenb.: **Bitte recht freundlich!**

Th. i. d. Frankfurter Allee 313.
Die künstler. Gartenbühne
Täglich 7½ Uhr:
Der große Erfolg!
Was man aus Liebe tut!!
Sonntag 4 Uhr: **Bunte Bühne.**

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich 8 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung:
Im Wolkenfarameter.
Große Possen-Revue in 5 Bildern
Dazu die großart. Spezialitäten

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301
8 U. Zum 302. Male: **Der Lebensschüler.**
Kaiser-Titz, Bildt, Fink.
Heute nachm. ¼4 U. kl. Pr.:
Schneewittchen.
Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Stettiner Sänger.
Reichshallen-Saal 7½ U.:
Großes Blüthgen-Konzert.

Schweizergarten
Am Königstor
Am Friedrichshain 29—32.
Größter und schönster Naturgarten Berlins. Ueber 5000 Sitzplätze. Saal für 1000 Personen.
Täglich: **Konzert, Theater, Spezialitätenvorstellung.**
Anfang Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 3 Uhr.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
Täglich 7½ Uhr:
Die erste Geige.
Sonnt. nachm. 3½, kleine Pr.:
Jugend.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah
Deutsche Tänze
7½ Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor. f. Bluntunters., Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor Sprechst. 11-1, 6-8
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden
Blutuntersuchungen. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung

Theater für Sonnabend, 29. Juni.

Central-Theater
7½ Uhr: **Die Csardasfürstin.**

Deutsches Opernhaus
7 U.: **D. lustig. Weiber v. Windsor**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater
8 U.: Aristid und seine Fehler. Bassermann.

Komische Oper
7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**
Morgen 3½: Die Kinokönigin.

Lustspielhaus 7¼ Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Residenz-Theater
7½ U.: **Flimmerklärchen**

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Schiller-Theater O
7½ Uhr: **Der letzte Funke.**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
7¼ Uhr: **Unter der blühenden Linde**

Theater am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Pension Schöller.
7½ Uhr:
Drei alte Schachteln

Juni — Juli
Verein für das Deutschtum im Auslande
Livland-Estland-Ausstellung
Kgl. Akademie der Künste Pariser Platz 4
Geöffnet 10—7
Eintritt 1 M., Sonntags bis 2 Uhr u. Montags 2 M.

DER „HIAS"
Täglich 7½ Uhr abends
Riesen-Erfolg
Morgen Sonntag 2 Aufführungen
3½ und 7½ Uhr
Walhalla-Theater Weinbergsweg

SARRASANI
Infolge technischer Schwierigkeiten finden die beiden
Erstaufführungen Sonntag, 30. Juni
nachm. 3 und abends 7½ Uhr statt.
Nachmittags Kinder halbe Eintrittspreise.
Die für den 29. Juni gelösten Karten sind für die Vorstellung am Montag, 1. Juli, 7½ Uhr abends gültig.

Kabarett Tivoli
Bunte Vorträge
Spielfolge vom 16.—30. Juni:
Alois Krämer, Hanna Hartner,
Joffre u. Johnson, Otto Görn, Mila Endtresser,
Willi-Robert-Hans, ? William ?
Täglich zwei Kapellen.
Anfang wochent. 7, Sonntag nachm. 4 Uhr.
Kottbuser Damm 95 Fernspr.: Moritzpl. 14553

Billiger **Möbel-Gelegenheitskauf.**
Infolge Auflösung des **Hotels Metropole, Unter den Linden,** verkaufe ich verschiedene **Schlafzimmer, Speisezimmer, Delfterküche,** ebenso **Roßhaarmatratzen, Daunen Plumeaus, Bettstände, Läufer, Teppiche, Gardinen, Gaskronen, Bilder** und auch viele andere einzelne Gegenstände. 9662
Verkaufslokal Neue Roßstr. Nr. 17, 1 Treppe.
Telephon: Moritzplatz 12846. 10—1, 3—6.
— **Sonntag von 10—1 Uhr geöffnet.** —

Möbel
Günstigste Kaufgelegenheit
Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer
Reizende moderne bunte Küchen
Große Auswahl — mäßige Preise,
Bar — Zahlungserleichterung
Neugebauer, Charlottenburg,
Wilmersdorfer Str. 126 I, Ecke Schillerstraße

Die Nachtrags-Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken, betreffend Beschlagnahme von Fasern aus Kolbenschilf, Besenginster, Weidenbast, Hopfen, Lupinen und Getreidestroh (Stransa), zu der Bekanntmachung vom 10. November 1916, betreffend Beschlagnahme, Verwendung und Veräußerung von Flachs- und Hanfstroh usw. tritt am 29. Juni 1918 in Kraft.
Die vollständige amtliche Bekanntmachung erfolgt an den Anschlagsäulen und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung". (270. I. 4. 18.)
Berlin, den 29. Juni 1918.
Der Polizeipräsident.

Bekanntmachung.

Auf Abschnitt 47 der Eierkarte kann vom 1. bis 14. Juli ein Ei abgegeben und entnommen werden.
Berlin, den 26. Juni 1918.
Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Wermuth.
Tagebuch Nr. 311 Ei. 18.

Fahrplanänderung.
Vom Montag, den 1. Juli d. J., ab wird der D-Zug 241 (Frankfurt [Main] ab 7.22 vorm. — Weißenfels ab 3.18 nachm.) nicht mehr nach Berlin, sondern nach Leipzig Hbf. (an 4.09 nachm.) durchgeführt. Vom gleichen Tage ab wird D 206 Leipzig Hbf. ab 11.35 abends (Weißenfels an 12.20, ab 12.22 nachts — Frankfurt [Main] an 8.05 vorm.) eingelegt. Außerdem wird vom 1. Juli d. J. ab Zug D 13 (Frankfurt [Main] ab 12.15 nachm.) — Corbetha 7.38 bis 7.42 abends — Halle (Saale) 8.05 bis 8.11 abends — Berlin Anh. Bf. an 10.40 abends mit Anschluß in Corbetha an D 213 (ab 7.45 abds.) nach Leipzig Hbf. (an 8.18 abds.) gefahren. 262/8
Halle (Saale), im Juni 1918.
Königl. Eisenbahndirektion.

Kümmel
diesjähriger Ernte gibt auch in kleineren Quantitäten an Verbraucher ab. 73/7*
Gärtnerei Zimmermann,
Spandau, Hamburger Str. 112
Telephon 753.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Norden
Drogen, Farben
Bendrendorf Neue Hochstr. 33 neb. Schulzendorfst.
Fleisch- u. Wurstw.
Getschmanns Centr. Wiebel-Str. 159.
Kolonialwaren
M. Saegebarth Strelitzer Str. 57
Möbelmagazine
Wiese & Co. Reinickendorfer Str. 97 Tischlermeister

Bezugsquellen-Verzeichnis
Berlin-Osten
Butter, Eier, Käse
P. H. Ackermann, 8 Filialen
Kohlhandlung
Joh. Pietsch Königsberger Straße 36/37
Photograph. Ateliers
Th. Wenzel Inh. G. Zeschke, Andreas-str. 28 a. Andreasplatz
Warenhäuser
Hamburger Warenhaus Max Flemming Alt-Stralau 11, Verw.-Lm. ab. 5%.

Von d. Oberbaumbrücke, Falckensteinstraße
jed. Sonntag Abf. vm. 8 Uhr u. 2½ Uhr nchm., wochentags **vom 8. Juli** täglich (außer Sonnabends) Abf. 9 Uhr vormittags **nach Woltersd. Schleuse u. Neu-Heringsdorf**
Außerdem nach den **Havelseen** über **Pfaueninsel-Potsdam** Montag, den 1. Juli, nach **Nedlitz** und **Krampnitz** am See, jeden Dienstag nach den **Glindower Alpen,** 2142 jeden Mittwoch nach **Ferch** am **Schwielowsee.**
Abf. vorm. 9 Uhr vom Reichstagsufer beim Bhf. Friedrichstraße, 9½ U. von Charlbg., Tegeler Weg, nahe Bhf. Jungfernh.
Reederei Kieck, Falckensteinstr. 48. Telephon: Mpl. 8197.

Preuß.-Südd. Klassenlose
Preis d. Lose pro Klasse:
Achtel Lose . . . 5 Mk.
Viertel . . . 10 Mk.
Halbe . . . 20 Mk.
Ganze . . . 40 Mk.
Ziehung 1. Klasse 9.—10. Juli.
Ludwig Müller
Berlin W. 56, Kgl. Lott.-Einn.
Werderscher Markt 9,
gegenüber Herrm. Gerson.
Postscheck-Konto 31032

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Für die Reise!
Prima **Velourhüte**
jetziger Vorverkauf billiger!
Lindeku, C. Rosenthalerstr. 36.
2. Geschäft: Grunewaldstr. 55, Ecke Bayrischer Platz.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché,
Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh.
Behandl. von **Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden,** spez.: chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Zahngebisse,
Platin, Gr. 7,50, **Ketten, Ringe, Bestecke kauft**
Frau Wagner,
Kaiserstr. 18 I (Alexanderplatz)

Unentbehrlich
für jeden **Haushalt, Beamten, Arbeiter** und **Pferdebesitzer** ist meine
Hand-Näh-Ahle
„Einzig"

D. R. G. M. Feder sein eig. Sattler u. Schuster. Sie näht Steppstiche wie die Maschine. Man kann Schuh Geschirre, Pferde- u. Wagendeck., Sättel, Treibriemen, Schulranzen, Tornister, Reisetaschen, Segeltuch, sowie alles nur denkbare Lederzeug selbst flicken. Nicht zu verwechseln mit anderen minderwert. Fabrikaten. Preis p. Stück mit 3 verschiedenen Nadeln u. Faden M. **4.50**
2 Stck. M. **8.50**
4 Stck. nur **16.—**
versendet unter Nachn., Porto u. Verpackung frei. Ins Feld nur gegen Voreinsendung des Betrages.
Georg Boh, Versandhaus Straßburg i. E. Saargemünder Str. 40.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Hermann Ehlert
Sprengelstraße 24,
am 26. Juni gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Johannis-Kirchhofes in der Seestraße aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter
Reinhold Zoschke
Lichtenberg, Weierstraße 47,
am 23. Juni gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 1. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenberger Gemeinde-Friedhofes, Lückstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachrufe.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker
Rudolf Girchner
Blücherstraße 14,
am 20. Juni gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Heinrich Lehmann
Ruheplatzstraße 21,
am 22. Juni gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drucker
Max Massow
Langestraße 17,
am 21. Juni gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Frieda Metzenthin
Kurlstraße 14,
am 10. Juni gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinen-Arbeiter
Ernst Wolf
Wiclefstraße 38,
am 28. Juni gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Waldemar Freick
Mariendorf,
am 19. Juni gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Paul Gau
Pankow, Gaillardstraße 32,
am 24. Juni gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Berta Krakofski
Eichhornstraße 69,
am 15. Juni gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
114/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Adlershof.
Am Dienstag, 25. Juni, verstarb nach längerem Krankenlager unser Mitglied, der Tischler
Friedrich Schwenk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Adlershofer Friedhofes aus statt. Die Kollegen treffen sich 2.30 Uhr im Restaurant von Kaul, Bismarckstraße. 81/1
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine herzensgute Frau
Johanna Thurau
geb. **Brandenburger**
im Alter von 43 Jahren nach schwerem Leiden verschieden ist.
Der trauernde Gatte
Albert Thurau
z. Z. im Felde,
Stolpische Straße 20.
Die Beisetzung findet von der Halle des Friedhofes in Buch aus am Sonnabend, den 29. Juni, nachmittags 2 Uhr, statt. 1972

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichen Dank.
Ww. **Marie Jungbluth und Kinder.** 1983

Danksagung.
Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 1928
Frau **Emma Strobach** und Kinder.

Gegen bar
und
auf Teilzahlung
unter günstigen Zahlungsbedingungen
MÖBEL
bei
B. FEDER
Hauptgeschäft Norden: **Brunnenstr. 1** part., I., II. III., IV., V. Etage
Eingang: Weinbergsweg, am Rosenthaler Platz
Zweiggeschäfte:
Osten: Frankfurter Allee 350 | Süden: Kottbuser Damm 103 | Westen: Charlottbg., Scharrenstr. 5
In riesengroßer Auswahl hervorragend schöne
Herrenzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer, Wohnsalons, Farbige Küchen, Weißlack. Schlafzimmer, Einzelne Möbel
Billigste Preise
Kostenlose Lagerung
Hausfreie Lieferung

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen-Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

1 Wasserflasche ..... } zusamm.
3 Wassergläser ..... } 1.95

1 Kaffeekanne } Porzellan, verschied. Muster zusammen
1 Milchtopf .... } 1.95
1 Zuckerschale }

Glas

1 Sturzflasche 1.95
1 Zuckerschale ..... } zusamm.
1 Marmeladendose .... } 1.95
1 Blumenvase extra gross 1.95
1 Stangenvase 30 cm 1.95

Bijouterie

1 Handtasche für Damen 1.95
1 Geldscheintasche 1.95
1 Silberne Rocknadel 1.95
1 Zigarettentasche aus Metall .. 1.95
1 Halskette mit Anhänger ... 1.95

Porzellan

2 Milchtöpfe mit Goldrand ... 1.95
1 Blumenhalter mit Figur, Majolika ... 1.95
6 Eierbecher mit Linien 1.95
1 Speisenapf 1.95
6 Obertassen 1.95
1 Teekanne } verschiedene Formen ..... zusamm. 1.95
1 Giesser .. }

Verschiedenes

6 Rasierklingen 1.95
10 Pakete Blitz-Blank ... } zus. 1.95
10 Stück Handwaschmittel ... }

Emaille

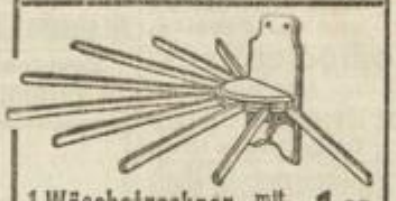
1 Küchenschüssel 1.95
1 Kasserolle mit Stiel 1.95
1 Schöpflöffel 1.95
1 Topfdeckel 1.95
2 Speiseteller 1.95

Schreibwaren

1 Kassette 25 Briefbogen 25 Umschläge ... 1.95
1 Briefblock Quartformat 1.95
50 Kartenbriefe 1.95
50 Berl. Ansichtskarten .. 1.95
1 Poesie-Album 1.95

2 Tassen mit Untertassen, Lüsterrand 1.95

1 Putz- oder Wichskasten 1.95



1 Wäschetrockner mit 9 Stäben 1.95

2 Kaffeetassen Porzellan, mit Untertassen, hübsch bemalt 1.95

1 Obstteller } reiches Pressmuster zusamm.
1 Kompottschale } 1.95

1 Butterdose versch. Pressmuster 1.95

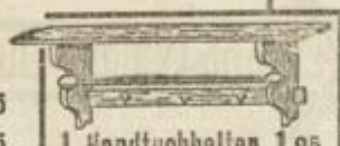
1 Eierschrank mit Einlage..... 1.95

1 Milchtopf Porzellan, mit breiter Rosenkante 1.95

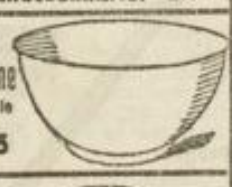
1 Maschinentopf Emaille, gestanzt, 1.95

Wirtschafts-Artikel

1 Fussbank 1.95
1 Markttasche 1.95
1 Handfeger 1.95
1 Teppichfeger 1.95
1 Schneiderschere 1.95
1 Paar Messer und Gabel 1.95
1 Brotmesser 1.95
1 Tischmesser 1.95
1 Taschenmesser 1.95
1 Müllschaufel 1.95
1 Kohlenschaufel 1.95
1 Abstäuber 1.95



1 Handtuchhalter 1.95



1 Rumme Emaille 1.95

1 Käseglocke versch. Pressmuster 1.95

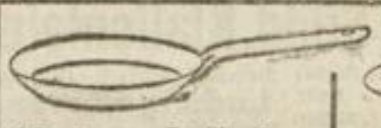
1 Tunkenschüssel Porzellan..... 1.95

1 Messerkasten Stellig .. 1.95

1 Blumenkasten weiss od. mit hübsch Must. 1.95

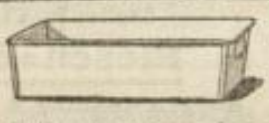
2 Kinderbecher Porz., m. hübsch. Kinderbildern 1.95

1 Gazeglocke gross 1.95



1 Bratpfanne Emaille, mit Stiel 1.95

4 Tassen mit Untertassen 1.95



1 Königskuchenform 1.95

Seidene Kostüme (Modelle) 225.– usw.

Seidene Gummimäntel . . 110, 118 usw. Imprägn. Seidenmäntel . . 148, 165 usw.
Herbst-Stoff-Kostüme . . . 100, 125 usw. Seidene Röcke . . . . . 66, 85 usw.

Pelzmäntel 750.–, 1200.–, 1500.–

Echter Sealmantel, lang mit echtem Edelmarderkr. . . 2400.–
Seal Electric mit Nutria 2000.–

Plüsch- u. Astrachanmäntel!

225, 300 usw.

Westmann,

1. Geschäft: Berlin W. Mohrenstraße 37a
2. Geschäft: Berlin NO. Gr. Frankfurter Straße 115.

Sonntag geöffnet 8–10 Uhr.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Westen

Gelegenheitskäufe in Möbel, Fiatauer, Alt-Moab. 110.

Spandau
Paul Gaege Mehl und Kolonialw.
Breitestr. 57, Schönwalderstr. 1314, Pichelsdorferstr. 12.

Haus- und Küchengeräte
Hermann Finck
Eisenwar., Schönwalderstr. 87.
A. Markgraf, Brüderstr. 11 Eck. Jägerstr. Lamp., Gls., Porzell., Spiels.
Ad. Tornow Goldschmiedestr. Markt 10, gegr. 1859.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Fleisch- u. Wurstwar.
Paul Müller, Friesenstr. 22.

Mehlhdlg., Kolonialw.
Joh. Fietsch, Gneisenaustr. 97

Uhren, Goldwaren
S. Fenske, Kottbus. Damm 36
Streng reell, anerkannt bill.

Neukölln
C. Dittmann
Berlinerstr. 48
Wild — Geflügel — Fische.

Leichte Sommerkleidung
Fesche Konfektion

Seidene Kostüme u. seid. Mäntel
— in hervorragender Ausführung. —
Imprägnierte Seidenmäntel in neuen eleganten Formen . . . 125.–176.–198.– usw.
Kostüme aus besten Wollstoffen, vornehme Verarbeitung . . . . 128.–169.–225.– usw.
— Entzückende Neuheiten in Röcken und Blusen aus feinen duftigen Geweben. —

Die anerkannte Qualität- u. Preiswürdigkeit meiner Waren erübrigt jede marktschreiende Reklame!

Oskar Wollburg
BERLIN N. 56 u. 57 BRUNNENSTR. 56 u. 57

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bärwaldstr. 42, an der Greifenhagenstraße. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11—11½ und von 4½—7 Uhr.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Markusstr. 36. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr. — Karl Melle, Petersburger Platz 4 (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½— 7 Uhr.
4. Wahlkreis: Südosten: Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
5. Wahlkreis: Leo Zucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
6. Wahlkreis (Moabit): Josepb, Wilhelmshavener Straße 48. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Wedding: J. Hönisch, Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: A. Wolgast, Wattstr. 9. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Gesundbrunnen: Fischer, Bastianstr. 6 (Laden). Geöffnet von 11 bis 1½ und von 4½—7 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Greifenhagener Straße 22. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Adlershof: Federstein, Bismarckstraße 82.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10. Baumschulenweg: Karl Köpke, Kietholzstr. 179.
Berman, Röntgental, Jeperuick, Schönow, Schönbrück und **Buch:** Heinrich Brose, Berman, Mühlenstr. 5 (Laden).
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastraße 11.
Bohnsdorf: Horlemann, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seesenheimer Straße 1. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Eichwalde, Schmöckwitz, Zeuthen, Miersdorf: Oskar Mahle, Grünauer Straße 37.
Fredersdorf-Petershagen: Uffenwasser, Petershagen.
Friedenau, Steglitz, Südende: H. Bernsee, Steglitz, Mommsenstr. 53.
Friedrichshagen, Fichtenau, Rahnsdorf, Schöneiche, Klein-Schönebeck: Ernst Werkmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Max Gonschur, Parkstr. 23.
Karlshorst: Frau Sachse, Junker-Jörg-Str. 7 II.
Kaulsdorf: Fr. Himpel, Bülowstraße 21.
Königs-Wusterhausen, Bildau, Niederlehme: Friedrich Baumann, Luckenwalder Straße 5.
Köpenick: Emil Wißler, Kietzer Straße 6 (Laden). Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr.
Lichtenberg I, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seikel, Wartenbergstraße 1 (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: A. Rosenkranz, Alt-Borgdagen 56. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Mahlsdorf: Frau Strauß, Lindenstraße 11.
Mariendorf, Marienfelde: August Seip, Chausseestr. 29.
Neuenhagen: Johann Hübscher, Schmidtstraße 14.
Neukölln: M. Heinrich, Neckarstr. 2 (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Neukölln-Britz: Rohr, Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Niederschöneweide: Wilhelm Unruh, Brückenstr. 10, II.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oberschöneweide: Ida Freibank, Bismarckstr. 25, I.
Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Franz.-Buchholz, Blankenburg: Rißmann, Pankow, Mühlenstr. 70.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gurisch, Provinzstraße 56 (Laden).
Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen: Chr. Hanschke, Dorfstr. 10.
Schöneberg: Wilhelm Bäumler, Meininger Straße 9 (Laden). Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Spandau, Siemensstadt: E. Stahl, Spandau, Marschallstr. 10.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle und **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 11—1½ und von 4½—7 Uhr.
Teltow: Pfeifer, Havelstr. 2.
Tempelhof: Rud. Neckermann, Kaiser-Wilhelm-Straße 74.
Treptow: Rob. Gramenz, Kietholzstr. 412, vorn 1 Treppe.
Weißensee: Wasielewski, Berliner Allee 11.
Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 27.
Zossen: Troemel, Wasserstraße 4.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Nr. 176 — 1918

Unterhaltungsblatt des Vorwärts

Sonnabend, 29. Juni

Warum fehlt dem Tiere die Sprache?

Von Dr. Th. Zell.

Der Araber sagt von seinem Pferd: „Es versteht alles wie ein Sohn Adams, nur daß ihm die Sprache fehlt." Genau so hört man bei uns von einfachen Leuten ihren Hund preisen: „Wenn er noch sprechen könnte, dann wäre er wie ein Mensch!"

Fehlt demnach manchen Tieren nach Ansicht ihrer Besitzer nur die Sprache zu ihrer Vollkommenheit, dann ist es naheliegend, über die Frage nachzugrübeln: Warum fehlt dem Tiere die Sprache?

Was sagt der neueste Brehm zu dieser Frage? Der eigentliche Brehm, den Alfred Brehm verfaßte, war trotz großer Vorzüge von gewissen Vermenschlichungen nicht frei. Jetzt aber herrscht in der neuesten Auflage die strenge Wissenschaft. So wird denn auf den ausgezeichneten Gelehrten Wilhelm Wundt verwiesen, der sich folgendermaßen äußert: „Auf die Frage, warum die Tiere nicht sprechen, bleibt also die bekannte Antwort: weil sie nichts zu sagen haben, die richtigste." Bei aller Hochachtung, die ich gerade vor Wilhelm Wundt hege, muß ich gestehen, daß ich große Bedenken gegen die Richtigkeit dieser Ansicht habe. Immer wieder mache ich die Beobachtung, daß unsere größten Gelehrten auf dem Gebiete der Tierkunde sehr wenig bewandert sind.

Die Tiere sollen sich nichts zu sagen haben! Das Gegenteil ist eher zutreffend. Gehe ich auf die Jagd, so muß ich mich sehr vorsehen, daß mich der Kiebitz oder der Eichelhäher nicht eräugt. Andernfalls machen sie solchen Lärm, daß das Wild aufmerksam wird und sich sofort in Sicherheit bringt. Diese Vögel vermögen also bereits jetzt, ohne sprechen zu können, andere Tiere zu warnen — was würden sie erst leisten, wenn sie wirklich sprechen könnten? Und sie haben nicht bloß etwas zu sagen, sondern etwas sehr Wichtiges mitzuteilen. Es heißt in ihrer Sprache: „Seht euch vor, es droht eine große Gefahr, der Jäger kommt!"

Ein anderes Bild. Großes Erstaunen hat es stets bei mir erregt, wie Hunde sich gemeinsam zum Wildern verabreden. Alle Hunde neigen als frühere Raubtiere zum Wildern. Die Sache ist allerdings etwas gefahrvoll, denn treffen sie mit dem Jagdberechtigten zusammen, dann pfeifen die Schrote. Die Natur läßt sich bekanntlich nicht austreiben. Gewöhnlich hat einer der Dorfhunde sich auf das Wildern geworfen. Jetzt sucht er einen Genossen, denn dann geht es leichter. Wie er es möglich macht, den andern zu verführen, ist mir ein Rätsel, aber die Tatsache ist unter Jägern ganz bekannt. Am liebsten wird in der Nacht gewildert, sodaß die Hunde mit Sonnenaufgang wieder zu Hause sind. Wie die Hunde es anstellen, sich zu einer bestimmten Zeit in der Nacht zu verabreden, läßt sich schwer sagen. Nebenbei muß man ihre Meisterschaft bewundern, wie sie den Hasen erbeuten. Der langsamere verfolgt ihn, während der schnellere an einer bestimmten Stelle zurückbleibt. Der Hase hat nämlich die Gewohnheit, im weiten Bogen nach seiner Heimstelle zurückzukehren und hierbei seinen Paß, d. h. einen bestimmten Weg, innezuhalten. Diese Gewohnheit wird ihm zum Verderben. Denn wenn er selbstbewußt zum Ausgangspunkte zurückkehrt und den langsamen Verfolger kaum beachtet, dann überfällt ihn plötzlich der schnellere Feind und, ehe er an Haken schlagen denken kann, ist er gefaßt. Ein einzelner Hund bekommt also einen gefunden Hasen nur ausnahmsweise, aber zwei schaffen es ziemlich leicht. Deshalb spielt die Verabredung zum Wildern unter den Dorfhunden eine große Rolle. Die Erbeutung der Hasen, indem einer verfolgt, während der andere zurückbleibt, beruht sicherlich auf alten Raubtierinstinkten. Hier werden sich die Hunde also ohne weiteres verständigen. Aber wie sie sich über den Zeitpunkt des Aufbruchs einigen ist schwer zu sagen.

Zu sagen haben sich also solche Hunde außerordentlich viel. Das gleiche ist der Fall, wenn Tiere, die sonst einzeln leben, sich zu einer gemeinsamen Tat verabreden.

So haben Tiger, die in ein von Fischern bewohntes Häuschen einbrechen wollten, andere Tiger zum Beistande geholt, als sie allein dazu nicht imstande waren. Ein Eichelhäher, der einem Grünspecht die Ameisenpuppen nicht gönnte, die er sich aus einem Ameisenhaufen zog, wollte den Specht verjagen. Als dieser sich wacker verteidigte, flog der Eichelhäher fort und kam mit zwei Genossen wieder. Aehnliche Beobachtungen sind bei Füchsen und Raben gemacht worden. In solchen Fällen haben sich die Tiere nicht nur Richtiges zu sagen, sondern man muß auch staunen, wie sie es fertig bekommen, ohne Sprache einem Artgenossen ihre Wünsche mitzuteilen.

Hätten sich die Tiere nichts zu sagen, so könnte es keine Art von Parlamenten geben, wie sie doch bei Affen und Sperlingen vorkommen. Die lärmenden Sperlingsversammlungen gegen abend hat wohl selbst der Großstädter beobachten können. Noch menschenähnlicher sollen die alljährlichen Affenversammlungen auf riesigen Bäumen sein.

Aber wir brauchen gar nicht erst in die Weite zu schweifen, um zu sehen, daß Tiere sich viel zu sagen haben. Ein Blick durchs Fenster zeigt uns zwei Hunde, die sich begegnen. Sind sie, was die Regel ist, zwei Männchen, dann erfolgt eine Art von Renommisterei, die man nicht gut schildern kann, ohne unästhetisch zu werden. Für den Tierkenner aber sind sie eine Quelle immer wiederkehrender Heiterkeit. Sind die Geschlechter verschieden, dann sind die Huldigungen des Männchens ebenfalls sehr spaßhaft. Aber es ist klar, daß alle Bewegungen des Männchens ausdrücken: „Ich liebe dich; ist dein Herz noch frei? usw." Er hätte also seiner Angebeteten sehr viel zu sagen.

Die Ansicht von Wundt kann also unmöglich richtig sein. —

Weiter heißt es im neuesten Brehm: „Die gegliederte Wortsprache ist keine Leistung des menschlichen Kehlkopfes und der menschlichen Zunge, sondern des menschlichen Gehirns. — Es fehlt den Tieren nicht am Kehlkopf, sondern am Gehirn. Das ist der Grund, weshalb ihnen die Sprache fehlt."

Diese Erklärung des neuesten Brehm ist offenbar richtig. Die Tiere haben keine Sprache wegen zu geringer Gehirnentwicklung. Dadurch sind wir aber keinen Deut klüger geworden. Denn warum ist das Gehirn nicht mehr entwickelt worden? Darf ich mir eine Ansicht erlauben, so ist sie folgende: Man muß sich darüber klar werden, daß dem Tiere mit der Gabe einer bestimmten Sprache in keiner Weise gedient wäre.

Bereits wir Menschen verstehen uns mit unserer Sprache nicht, sobald wir die Grenzen des eigenen Landes überschreiten. Diesem Uebelstand können wir durch Dolmetscher, Erlernen der fremden Sprache u. dgl. abhelfen. Was aber sollte das Tier machen? Denn bei der tierischen Sprache würden sich doch dieselben Unterschiede wie bei der menschlichen ergeben, da die Sprache von dem Bau des Körpers und dieser wieder vom Klima, Land und anderen Dingen abhängig ist.

Auch die Gabe der Sprache hat ihre Schattenseiten. Für niemand aber ist die Sprache nachteiliger als für ein von Gefahren umringtes Geschöpf. Deshalb sind alle Menschen, die gefahrvolle Berufe ausüben, sehr schweigsam, so der Soldat, der Seemann, der Jäger usw. Ein Schwätzer auf der Jagd kann alles verderben.

Besäßen die Tiere eine Sprache, so kämen sie oft ins Plaudern, und ein plötzlicher Ueberfall durch einen Feind bildete den Schluß des Plauderstündchens.

Den besten Beweis liefern uns die Haustiere. Diese haben sich Lautäußerungen angewöhnt, die in der Freiheit ihr Verderben wären. So bellen die Hunde, krähen die Hähne, schnattern die Enten. Wildhunde bellen nicht, weil sie sonst alle Beutetiere verscheuchen würden. Wildhähne und wilde Enten würden sich ihren Feinden verraten, wenn sie anhaltenden Lärm machten wie ihre zahmen Verwandten.

Dem Tiere fehlt also die Sprache, weil es von ihr nur Nachteile und keine Vorteile hätte, ganz abgesehen davon, daß eine bestimmte Sprache nur von einem engen Kreis verstanden werden würde.

Was sich die Tiere zu sagen haben — und sie haben sich sehr viel zu sagen —, können sie, wie wir sahen, durch die ihnen verliehenen Laute und ihre Gebärden in völlig genügender Weise mitteilen.

Rosegger, der „Windmacher".

Peter Rosegger, dessen Tod eine wahre Flut von Erinnerungen auftauchen läßt, pflegte mit Vorliebe Anekdoten aus seinem eigenen Leben zu berichten, und gerade die Fülle dieser kleinen Geschichtchen läßt immer von neuem über den unbesiegbaren Humor des „Peterl von der Krieglach-Alp" staunen.

In einer der hübschesten Anekdoten dieser Art erzählte Rosegger einmal, daß er sich als kleiner Junge als „Zauberer" betätigt habe, und wenn es in der Welt immer auf gerechte Weise zuginge, hätte er eigentlich in seiner Hirtenzeit den Spitznamen „Windmacher" erhalten müssen. „Ich konnte Wind machen, wirklichen Wind, wie er über die Felder hinstrich und in den Bäumen rauschte. Eines Sommertages war ich mit mehreren Nachbarhirten auf der Hochmatte, wo wir unsere Rinder weideten. Es schien die warme Sonne, so daß wir unsere Joppen wegwarfen, und plötzlich war es wieder so kühl, daß wir alle in die Joppen hineinschlüpften. Der Wind ging zeitweilig. „Buben!" rief ich vorwitzig aus, „ich kann Wind machen!" — „Geh, plausch nit." — „Auf Spaß und Ernst, ich kann Wind machen. Soll ich? Schaut's einmal!" Ich hob den befeuchteten Finger hoch: „Kein Lüftel jetzt. Wetten wir, in einer Minute geht der Wind!" — „Laß Dich nit auslachen!" — Ich riß meine buntgestreifte Zipfelmütze vom Kopfe, hielt sie wie einen Sack an den Mund, und mit dem Auge in den Himmel auslugend, wo just ein Wolkenballen sich der Sonne nahte, rief ich in die Mütze: „Wind, Wind, komm geschwind! Lapipapi — tschapilorum!" Dreimal sagte ich es und schleuderte dann die Mütze in die Luft. Da verdunkelte sich die Welt, und es strich ein kühler Wind. Vor Staunen sperrten sie die Mäuler auf, und der Einfältigste von ihnen wollte vor mir niederknien. Als der kalte Strich vorüber war und die warme Sonne schien wie früher, begehrten sie, daß ich den Zauber noch einmal tue. Sie wollten mir wahrscheinlich drauf kommen, wie das gemacht wird. Ich blickte demütig gen Himmel, wo in der Sonnennähe keine Wolke war. „Jetzt nicht, Buben, ihr könntet euch verkälten." Aber sie drängten so lange, bis wieder ein Wolkenfetzen der Sonne zustrich. „Na, meinethalben, wenn ihr schon durchaus wollt!" Und in die Zipfelmütze hinein: „Wind, Wind, komm geschwind! Lapipapi—tschapilorum!" Die Mütze in die Luft geworfen. Husch, rauschte es wieder im Ahornbaum, es ging der Wind.

Bald wußte es ganz Alpel: der Kluppenegger-Peterl kann Wind machen! Die Ehre dauerte bis zum nächsten Sturm, der dem Rieselberger einen schönen Lärchenbaum entwurzelte. Der Geschädigte kam in Begleitung des „Fürstenstandes" in unser Haus, fragte dem Peterl nach, und hinter dem Rücken hielt er — ungebrannte Asche! Ich beeilte mich vor ihm, meinem Vater und dem Gemeindevorstand meine ganze meteorologische Wissenschaft preiszugeben. „Wenn eine Wolke vor die Sonne geht, so streicht allemal ein kühler Wind . . . ich kann nix dafür!" — „So hast uns g'foppt!" schrie der Rieselberger. „Wird schier nit anderschter sein," entschied der Vorstand, „wer sich mit einmal so viel auskennt bei Sonn' und Gewölk und Wind, zu dem sagt man halt nachher: Lapi—papi—tschapilorum!"

Der neue Reichtum.

Die Chronik der Stadt Aarau vermerkt unterm 17. April 1708: Georg Lienhard von Aarau hatte sich auf seiner Wanderschaft zu Locles mit einer Fremden verehelicht, mußte also nach den Gesetzen seiner Vaterstadt 400 Pfund Heirmtsgut aufweisen oder dieselbe meiden, und suchte daher durch Aufweisung von Kapitalbriefen seines Schwiegervaters den Magistrat zu befriedigen. Allein mittlerweile war die vorzuweisende Aussteuersumme auf 500 Pfund erhöht und die überbrachten Gutscheine lauteten nicht sicher genug. Lienhard begehrte hierauf einen Paß und zog mit Weib und Kindern nach Erlangen, wo er schon früher in Arbeit gestanden hatte. Zu dieser Zeit (1703) wütete in jenen Gegenden der französisch-bayrische Erbfolgekrieg und Lienhard ließ sich brauchen, französische Depeschen ins Bayrische zu bringen, wofür er 100 Taler in Gold bekam. Alsbald trug er dies Geld seinem Schwiegervater zu, und dieser meinte nun, die Aarauer Obrigkeit damit befriedigen zu können. Allein diese wollte kein also erworbenes Geld als vollgültig ansehen und erklärte, die neu vorgezeigten Ersparnisse seien unzulänglich, besonders da Lienhard bereits fünf Kinder habe. Nun wandte sich der Bittsteller nach Bern, klagend, kein Bürgersohn sei jemals so hart behandelt worden als er, und bittend, die Aufnahme in seine Vaterstadt zu gewähren. Vergebens! Bern beschloß unter obigem Datum, es bei der Aarauer Weigerung bewenden zu lassen.

Notizen.

— Die Livland-Estland-Ausstellung ist Sonntag erst von 11 Uhr ab für das Publikum geöffnet.

— Amundsen, der Entdecker des Südpols, hat nun die oft angekündigte Polarreise von Kristiania aus angetreten. Er beabsichtigt an der sibirischen Küste entlang bis zu den neusibirischen Inseln vorzudringen, sich dort einfrieren und dann vom Polarstrom langsam über den Nordpol weg nach Grönland treiben zu lassen. Die Treibfahrt kann 3—6 Jahre dauern. Auf so lange ist der Proviant berechnet. Das Unternehmen soll wesentlich wissenschaftlichen Zwecken dienen.

Lodz.

23]

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

„Immer dasselbe? Rheumatismus?"

„Ja, ja." Ein schmerzlicher Krampf verzerrte das graugelbe, runde Gesicht.

„Schade, daß der Herr Rat nicht für den Winter nach San Remo gefahren sind, oder überhaupt irgendwo nach dem Süden."

„Das nützt doch nichts, und Schaja und alle, die nur darauf lauern, daß ich so schnell wie möglich krepiere, würden bloß eine Freude haben. Pudel, richten," schrie er zum Lakai auf sein Bein zeigend, das vom Taburett herunterglitt. „Vorsichtig, vorsichtig!"

„Ich meine, daß es nur wenige gibt, die Ihren Tod herbeiwünschen, vielleicht sogar keiner in Lodz; ich bin sogar sicher, daß es keinen gibt."

„Was erzählen Sie mir da, alle wollen, daß ich sterbe, alle, — deshalb werde ich gerade, allen zum Trotz, noch lange leben. Sie denken, ich habe keine Neider? Was?"

„Wer hätte sie nicht?"

„Wieviel würde Schaja für meinen Tod geben, was glauben Sie?"

„Ich vermute bloß, daß er für Ihren Ruin, wenn er möglich wäre, sehr viel geben würde, sehr viel, trotz seines Geizes."

„Glauben Sie?" Haß funkelte in seinen Augen.

„Ganz Lodz weiß es."

„Selbst dann würde er noch jemand betrügen, mit falschem Geld würde er es bezahlen, oder mit wertlosen Wechseln. Pudel!..." Er senkte den Kopf auf die Brust, auf den alten, wattierten, an den Aermeln geflickten Schlafrock, und starrte ins Feuer.

An die servile Zucht Millionären gegenüber schon gewöhnt, wagte Borowiecki nicht zu sprechen und wartete geduldig, bis jener anfing.

Er schaute an den mit dunklem, weichselrotem Seidendamast ausgeschlagenen und von einer breiten Goldborte umrahmten Wänden entlang. Ein paar ordinäre Oeldrucke hingen an den Wänden. Ein riesiger Mahagonischreibtisch stand in der Ecke zwischen zwei Fenstern.

„Ich höre," brummte Buchholz schroff.

„Wir sprachen von Schaja."

„Lassen wir das. Pudel! Hammer soll herkommen. Was soll denn das heißen, in fünf Minuten soll ich die Pillen einnehmen, und der Narr ist immer noch nicht da. Kennen Siedie gestrigen Neuigkeiten?"

„Ich habe verschiedenes gehört. Herr Knoll erzählte es mir im Theater."

„Sie besuchen das Theater?" Höhnische Bissigkeit leuchtete aus seinen Augen.

„Ich verstehe Ihre Frage nicht, Herr Rat."

„Richtig, Sie sind ja ein Pole, richtig, Sie sind ja ‚von'." Sein Gesicht verzerrte sich, als ob er lachen wollte.

„Herr Rat besuchen doch auch das Theater."

„Ich bin der Herr Buchholz, Herr von Borowiecki. Ich kann überall verkehren, wo es mir beliebt." Er erhob den Kopf und blickte stolz und niederschmetternd vor sich hin.

„Das Theater trägt doch keine Schuld daran, daß es, statt nur für einige da zu sein, allen, die sich ein Billett leisten können, offen steht." Borowiecki konnte sich eines bösartigen Lächelns nicht erwehren.

„Ihr Gerede interessiert mich nicht." Zornig schlug er mit dem Stock in die Holzscheite, daß die Funken im Zimmer umherflogen.

„Herr Rat werden entschuldigen, wenn ich mich empfehle." Borowiecki erhob sich vom Stuhl, durch die letzten Worte aufgebracht.

„Bleiben Sie sitzen. Das Mittagessen wird gleich serviert. Ist doch kein Grund zur Beleidigung. Sie wissen übrigens, wie ich Sie schätze. Sie sind ein exzeptioneller Pole. Hat Knoll Ihnen alles erzählt?"

„Von den letzten Bankrotten . . ."

„Ja, ja . . . Er ist in dringlichen Angelegenheiten weggefahren, und ich wollte Sie gerade bitten, ihn während seiner ganzen Abwesenheit zu vertreten. Morrys wird Sie in der Druckerei vertreten."

„Gut. Morrys ist befähigt."

„Und dumm. Setzen Sie sich doch. Ich hab' die Polen gern, aber mit euch kann man doch gar nicht reden. Jede Kleinigkeit beleidigt euch, und gleich ist es aus. Sachte, Herr Borowiecki, sachte, Sie dürfen nicht vergessen, daß Sie mein Geschöpf sind."

„Herr Rat erinnern mich zu oft daran, als daß ich es vergessen könnte."

„Halten Sie es für überflüssig?" fragte er und schaute Borowiecki mit einem gutmütigen Lächeln an.

„Das hängt vom Menschen ab und auch vom Ort."

„Ich würde Ihnen Pferde schenken, aber Sie müßten ohne Peitsche und Zügel kutschieren."

„Der Vergleich ist als Vergleich nicht schlecht, doch paßt er nicht auf uns alle, die wir bei Ihnen arbeiten."

„Er gilt nicht Ihnen, auch nicht einigen, verstehen Sie, ich sage einigen Ihrer Kollegen, bloß der schwarzen Arbeitermasse . . ."

„Diese Arbeitermasse, das sind doch auch Menschen."

„Vieh sind sie Vieh!" schrie er, mit dem Stock aus allen Kräften auf das Taburett schlagend. „Schauen Sie mich nicht so an, ich kann das sagen, weil ich sie alle ernähre."

„Ja, sie arbeiten ziemlich gut für dieses Ernähren, sie verdienen es sich!"

„Bei mir verdienen sie, ich gebe ihnen den Verdienst, meine Füße sollten sie küssen, denn wenn ich ihnen keine Arbeit geben würde, was dann?"

„Dann würden sie sie wo anders finden," erwiderte Borowiecki leise. Wut packte ihn.

„Krepieren würden sie vor Hunger, Herr Borowiecki, wie Hunde."

Borowiecki sprach nicht mehr. Er ärgerte sich über den dummen Dünkel dieses Buchholz, der doch unter den Lodzer Fabrikanten wegen seines Verstandes und seiner tiefen Bildung ganz einzig dastand, aber eine so einfache Frage nicht verstehen konnte.

„Herr Rat, ich wollte grade mit den Pillen zu Ihnen kommen, als August kam."

„Ruhig! Noch ganze zwei Minuten warten!" sagte er schroff zu seinem Leibarzt, den der eigentümliche Empfang etwas verwirrt hatte. Demütig stand er bei der Tür und wartete, mit verschüchterten, unruhigen Blicken das Gesicht des Fabrikanten beobachtend, der düster und schweigend dasaß und auf seine alte silberne Uhr starrte.

„Nimm du dich in acht, Hammer, ich zahl' dir dafür, ich zahl' dir gut," sagte er nach einer Weile, ohne aufzuschauen.

„Herr Rat!"

„Buchholz spricht, still!" sagte er mit Nachdruck und schaute ihn an, als ob er ihm einen Schlag versetzen wollte. „Ich bin pünktlich. Wenn mir gesagt wird, ich soll alle Stunden Pillen einnehmen, dann nehme ich sie auch alle Stunden ein. — Sie müssen sehr gesund sein, Herr Borowiecki, man sieht's Ihnen an."

„So gesund bin ich, daß ich sicher die Schwindsucht kriege, wenn ich noch zwei Jahre in der Fabrik und der Druckerei sitze. Die Aerzte haben mich schon gewarnt."

„Zwei Jahre. Da kann man noch viel Ware drucken in zwei Jahren. Hammer, gib's her!"

Andächtig zählte Hammer fünfzehn homöopathische Pillen ab und legte sie einzeln auf die ausgestreckte Hand des Fabrikanten.

(Forts. folgt.)

Möbel-Cohn

Im Osten: Gr. Frankfurter Str. 58
Im Norden: Badstrasse 47-48

Möbel auf Kredit
an jedermann.
Geringste Anzahlung, kleinste Abzahlung.
Spezialität:
1- u. 2-Zimmer-Einrichtungen
einzelne Möbel, farbige Küchen.
Grosse Auswahl
komplett aufgestellter Schlaf-, Wohn- und Speisezimmer.
Riesen-Auswahl — Billigste Preise
Sehr kulante Bedingungen
Lieferung frei Haus.
Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung.
Sonntags 8—10 geöffnet.

Cigarren i. großer Auswahl
F. Ernst Borck, Berlin, Klosterstr. 91.

(Alkohol. Getränke)
Franz Abraham
Samt. Mosaine-u.Römertrank-Kell. C.25 Barnimstr. 8a, Fernsp. Kgst. 17708

(Bandagen, Gummiw.)
R. Banke, Stralauer Str. 56.
A. E. Lange, Brunnenstr. 168

(Bäcker- u. Konditoreien)
Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16

(Bierbrauerei, Bierhandlg.)
Brauerei Bötzow
empfiehlt Qualitätsbiere ersten Ranges.

(Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.)
Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 11.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Erscheint 2 mal wöchentlich. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

(Butter, Eier, Käse)
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.

Gebrüder Manns
43 eigene Detailgeschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43

August Holtz 15 Detail-Geschäfte.

(Bade-Anstalten)
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 8.
Diana-Bad Koppenstr. 23 sämtliche Bäder.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 63.

Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallisadenstr. 97 Tel. Kgst. 2981, 2982

(Essigfabriken)
Timmer-Essig
überall erhältlich!

(Nähmaschinen)
Bellmann, R., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen

Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

(Fleisch- u. Wurstw.)
Otto Kengel, Alte Jacobstr. 26

(Herren- u. Knabengard.)
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.

(Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.)
Carl Jung, Stromstr. 21.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, N.Seest

(Hüte, Mützen, Pelzwaren)
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/13

(Möbelhandlungen)
Bethke, Georg, Markusstraße 44. Neukölln, Elbestr. 33, Kaiser-Friedr. Str. 64, Wasserstr. 189, Friedelstr. 31. Treptow, Grätz-Straße 64.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.

(Optiker, Mechaniker)
Schubert, Carl, Nkln. Bergstr. 148

Meierei C. Bolle A.-G.
Berlin N.W. 21 Alt Moabit 98/103
Ältester und grösster Milchwirtschaftlicher Grossbetrieb

(Photogr. Apparate)
M. Albrecht SO. Kottbuser Str. 1. auch Gelegenheitskf.

(Uhren u. Goldwaren)
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 49

(Weine, Liköre, Fruchtsäfte)
Hugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.

Herm. Meyer & Co. Act.-Ges.
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.

Möbel jeder Art
sowie ganze Nachlässe kauft höchstzahlend Frosch, Neukölln, Steinmetzstr. 4. *

Große Bureauräume Lindenstr. 3, Vorderhaus 1. Etage, sofort z. vermieten.

Piano gebr., zahlt bis 600 M. Schlafzimmer, gebr. bis 800 M., Speisezimmer, gebr. bis 1000 M., Möbel jed. Art kauft Ego, Neukölln, Berliner Str. 29.*

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch . 15 Pf.
Deutsch-Französisch 15 Pf.
Buchhandlung Vorwärts. Berlin

Verkäufe

Vornehme Herrenanzüge, Ulster, Paletots aus haltbarsten Stoffen. Empfehle meine Reparatur- und Reinigungswerkstatt für sämtliche Garderobe bei billigster Berechnung. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 190K*

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Alaskafüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101K*

Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Köpenickerstraße 71. 121K*

Pelzgarnituren aller Art, jetzt zu herabgesetzten Preisen! Uhrenverkauf, Silbertaschen, Leihhaus, Warschauerstr. 7. *

Klappsportwagen, Kinderwagen. Tiet, Boltastr. 49, II. 40K*

Leiterhandwagen, Kastenhandwagen, extrastabil und dauerhaft, Auswahl Holzräder. Landsbergerstraße 19, Schmiede. 87K*

Abessinier, Ersatzteile und Zubehör. Köhlin, Alte Jakobstraße 20/22. 184K*

Gemüsepflanzen jeder Art, Kohlrabi, weiß mit blau, Petunien und Blumenpflanzen verkäuflich. Wilh. Seydel, Gärtnerei, Neukölln, Köllnische Allee Nr. 100. 48K*

Monopolfrage und Arbeiterklasse von Heinrich Cunow u. a. Dürfte bald im Vordergrund der politischen Erörterungen stehen. Preis gebunden 5,—, brosch. 4,— M. Vorwärts-Sortiments-Buchhandlung, Lindenstraße 3, Laden. *

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weidlich, Brunnenstraße 96. 107L*

Leiterhandwagen, größte Auswahl, Holzräder. Schlosserei, Schmidstraße 43. 2525b*

Möbel

100 entzückende Küchen, mit und ohne Anrichten, in allen Farben und Preislagen. Möbelhaus M. Hirschowitz, SO., Skalitzerstraße 25. Hochbahn: Kottbuser Tor. 131K*

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 188K*

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung. Lieferung frei Haus. Sonntags 8—10 geöffnet. 166K*

Betten, teilweise fast neu, derbes Inlett, Stand 120 bis 250, großes Lager, einzelne Betten 40 bis 85, Kücheneinrichtung 150,—. Lindner, Alte Jakobstraße 84, I. Verkaufszeit 1 bis 7. (Nähe Spittelmarkt, Jannowitzbrücke.) Sonntags 12 bis 2. 2574b

Schnellverkauf! Vertiko, Büfett, Kleiderspind, Juwelenspind und diverse Möbel Sonntag von 9 Uhr ab Britz, Germania-Promenade Nr. 12, 1 Treppe. †183

Musikinstrumente

Piano, elegantes, schwarzes, 875,—, Nußbaumpiano 1800,— verkauft Ernst, Oranienstraße 166, III. 119K*

Pianinos, billigste Gelegenheiten, 800,00 aufwärts, Flügel 700,00 aufwärts. Krüger, Neue Königstraße 81 (Alexanderplatz). 217/3*

Italienische Mandoline, Wandermandoline 35,—, Konzertlaute, Wandergitarre 40,—, erstklassige 85,—, Unterricht 8,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Künstlervioline 85,—, Schülergeige mit Etuis 45,—. Ernst, Oranienstraße 166, III. 119K*

Harmonium, neu, gebraucht, billig, eventuell Ratenzahlung, Harmoniumspielapparat 95,—. Berger u. Co., Oranienstr. 166. 119K*

Kaufgesuche

Pfandscheine kauft und beleiht Leihhaus, Friedrichstr. 55. 177L*

Lacke bis 18,00, Bleiweiß sowie sämtliche Malerartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. (Rollendorf 2379.) *

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christionat, Cöpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 117/3*

Metallschmelze. John kauft Abfälle. Händler bevorzugt. Alte Jakobstraße 138 (Ecke Hollmannstraße). 260K*

Weißlacke, Borax, Paraffin und ähnliches kauft bestzahlend Wolter, Thaerstraße 6. 15K*

Klavier, eventuell Flügel nebst Harmonium kauft Ernst, Oranienstraße 166, III. Preisangabe erwünscht. 119K*

Wachswalzen und Abfälle kauft jedes Quantum zu guten Preisen. Rachemstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 3a. 161K*

Hartgummiabfälle kauft jeden Posten zu guten Preisen Rachemstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. 161K*

Windscheidstraße 3a, Charlottenburg, kauft mit Genehmigung jedes Quantum gebrauchte und neue Weinkorke, Sektkorke, Korkabfälle zu guten Preisen. 161K*

Spiralbohrer! Jede Menge! Jede Sorte! kauft Hecht, Moabit, Beusselstraße 3. K*

Fahrradankauf. Schwandike, Linienstraße 19. 72/8*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Broh, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3475. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend, Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4243. 261*

Damenhüte umpressen usw. nur Senefelderstraße 1, Ecke Danzigerstraße, Brenscheidt, *

Schluß
der Annahme von Anzeigen für die nächste Nummer um 5 Uhr nachmittags in der Hauptexpedition, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Unterricht

Mandolinen-, Gitarrenspiel, Lautenspiel, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung, 6,— Monatshonorar (zehnstündige Schnellkurse), Lehrinstrumente billigst, Klavier-, Violin-Schnellkurse. Ernst, Oranienstraße 166, III. 119K*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Kaufmännische Privatschule von Paul Kowalski, Cöpenickerstraße 143, am Schlesischen Bahnhof. Am 4. Juli beginnen Handelslehrgänge für Damen und Herren, vormittags oder nachmittags. Anmeldungen jederzeit. Lehrpläne kostenlos. Jahreslehrgänge, Halbjahreslehrgänge, verbunden mit praktischen Uebungen zur Ausbildung als Buchhalterin, Stenotypistin, Bureaubeamtin, Korrespondentin. Vierteljahreslehrgänge für Einzelfächer, auch in Englisch, Französisch, Russisch, Polnisch, Deutsch, Schreiben. Sonderlehrgänge für Besucher mit höherer Schulbildung. 33K*

Verschiedenes

Detektiv-Bureau „Pfeil", Ettel Schaewe, erledigt alles, Ermittelungen, Beobachtungen, Auskunftei, Gesuche, Diebstahlsaufklärungen, Ritterstraße 108. 73/11*

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Maschinenwärter sucht sofort Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. Meldungen im Maschinenhaus. 146K

Bureauburſche, jüngerer, der Gelegenheit hat, sich weiter auszubilden, sofort gesucht. Deuta-Werke, Berlin SO. 26, Oranienstraße 25. 49K*

Maschinenwärter suchen sofort A. Jandorf u. Co., Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 118/119. Meldungen im Maschinenhaus. 129K

Lehrling für Autoschlosserei und -dreherei gesucht. Wenk, Berlin N., Bergstraße 53. 43K

Zwei Korbmacher auf runde Geschoßkörbe werden eingestellt bei Teichert, Lichtenberg, Mühlischstraße 12/13. †129

Tüchtige Tischler, Werkzeugmacher sofort. Stock, Pankow, Hadlichstraße 20. †25

Korbmacher, auch weibliche, auf 15er und 13er Langgranatenkörbe sucht Fürbringerstraße 9. 2573b

Beleuchterinnen sucht sofort Kaufhaus des Westens G. m. b. H., Tauentzienstraße 21/24. Meldungen im Maschinenhaus. 146K

Marine- und Uniform-Stickerinnen für dringende Lieferung sofort verlangt. Georg Riedel, Französischestraße 62. 50K

Verkäuferin für Spezialgeschäft gesucht. Schriftliche Angebote an Tripp, SW., Lindenstraße 11. 2558b*

Tüchtige Werkzeugmacher, Spezialisten a. Schnitte und Stanzen, gesucht, sowie **Werkzeugdreher.** 78/6*
Werkzeugfabrik Mackiol, Stettiner Str. 38.

Maurer u. Bauarbeiter
werden eingestellt: 217/6*
Neukölln, Kölnische Allee 44/48
Kahlbaum, Adlershof,

Zimmerleute
Schmargendorf, Mecklenburgische Straße 50—51.

Schlosser und Klempner
selbständig arbeitend, möglichst mit Erfahrung im Flugzeugbau, für dringende Heeresarbeit zu sofort. Eintritt gesucht.
Luftschiffbau Schütte-Lanz,
206/11*] Zeesen bei Königswusterhausen.

Tüchtige Schlosser
für unseren Flugmotoren- sowie Automobilbau werden sofort eingestellt. 9582*
Loeb-Werke Aktiengesellschaft,
Charlottenburg, Fritschestr. 27/28.

Für Pflug- und Eggenfabrik wird ein
Werkmeister,
mit Einrichtung einer Fabrik für Bodenbearbeitungs-Geräten vollständig vertraut, zum sofortigen Diensteintritt gesucht.
Schriftliche Offerten erbeten.
Kriegs-Handels-Zentrale,
Krakau, Slawkowskagasse 1.

Zum sofortigen Eintritt suchen wir tüchtige
Stark- und Schwachstrom-Monteure.
Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H.
(Telefunken),
Berlin SW 61, Tempelhofer Ufer 9. 9792

Kühlerbau.
Tüchtige Meister und Klempner für Reparaturarbeiten sowie Block- und Rahmenbau zum sofortigen Eintritt gesucht. 206/15*
Metallindustrie G. m. b. H., Abteilung Kühlerbau,
Düsseldorf-Oberkassel.
Bewerbungen durch Herrn Falldorf, Charlottenburg, Kantstr. 162, II links.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt:
Tüchtige
Werkzeugschlosser
Automobilschlosser und Dreher.
Franz Todtenhöfer & Co., 985L*
Königsberg i./Pr. — Steindamm 142/43.

Schachtmeister,
erfahren in schwierigen Erdarbeiten, energisch, mit großer Kolonne Erdarbeiter bis 100 Mann sofort gesucht.
Angebote unter Beifügung der Zeugnisabschriften an
Aktiengesellschaft für Bauausführungen,
206/17* Kiel, Holstenstraße 104.

Erdarbeiter
für Heeresarbeiten
sucht sofort 2561b*
Bauuntern. Leonhard Moll, München-Berlin.
Anmeldungen: Berlin, Grüner Weg 55, Laden.

Mehrere 100
Arbeiter,
nicht wehrpflichtige Leute, für außerhalb gesucht. Zu melden bei Carl Brandt, Berlin W 9, Schellingstraße 7. [*

Werkzeugdreher
stellt sofort ein 9592*
Metallwarenfabrik
H. A. Jürst & Co., A.-G.
Adlershof.

Tüchtigen, im Fach erfahrenen
Schleifer
sucht Metallknopffabrik A. Fries
5267b*] Elisabethufer 50.

Zeitungsträger
für den „Vorwärts" wird eingestellt. Passend für Invaliden.
Seitel, Lichtenberg,
Wartenbergstr. 1. *
Meldezeit 11-1½, u. 4½-7 Uhr

Zimmerleute
und Bauarbeiter für Bau im östlichen Vorort werden eingestellt Charlottenburg, Salzufer 6. 206/16
Aktiengesellschaft für Bauausführungen.

Schlosser
Motorenschlosser } stellen ein
Monteure
Norddeutsche Flugzeug-Werke
Berlin-Teltow. 938L*

Je einen tüchtigen
Arbeiter
für Gummimahlwalze und Vorwärmwalze für sof. gesucht
S. Herz, Gummiwarenfabr.
Köpenicker Str. 187/188.

Fahrstuhlschlosser,
erfahrener, zum sofortigen Eintritt gesucht. 1022
Auergesellschaft,
O 17, Rotherstr. 20/23.

Maurer
finden dauernde Beschäftigung.
Baugeschäft Adolf Rex,
Marggrabowa (Ostpr.) *

Maschinenschlosser,
die schon in Briefumschlagfabr. gearbeitet haben, suchen [2570b
Schwan & Co., A. Jakobstr. 23/24.

Werkzeugschlosser und Leitspindeldreher
gesucht. 9742
Magnet Motoren A.-G.
Bn.-Weißensee, Lehderst. 16

Hilfsmonteure
für Telephonanlagen gesucht.
Märkische Installations-Gesellschaft.
Adalbertstr. 6. [2572b*

Schweißer gesucht.
Medizinisches Warenhaus,
Heidestraße 52. [2468b

Bilderrahmenmacher und Zuschneider
suchen Mack & Moy, Wallstr. 57.

Tüchtige Motorenschlosser
verlangt 928L*
Argus-Motoren-Gesellschaft,
Berlin-Reinickendorf.

Revolver-Einrichter
stellen ein 9342*
Spezialkonstruktionen
Steglitz, Birkbuschstr. 37/39

Wasser-Rohrleger
und Helfer wird verlangt.
Robert Kohl,
Berlin O 17, Caprivistr. 3.

Schuhmacher
f. leichte Militärarbeit sucht
Schuhfabr. Glaser, Landsb. Str. 92

Briefumschlagfabrik
Schwan & Co., A. Jakobstr. 23/24,
sucht geübte Kuvertarbeiterinnen u. Gummiererinnen.

Leimerinnen
für Photo-Rahmen suchen *
Mack & Moy, Wallstr. 57.

Einlegerinnen
für Federboas werden sofort oder später bei dauernder Beschäftigung verlangt. 9232*
Wagner & Co.,
Schlesische Str. 26, 2 Tr.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen
Berlin: Markusstr. 36. Lindenstr. 3. Wilhelmshavener Str. 48.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: Sesenheimer Str. 1.
Tempelhof: Ueckermann, Kaiser-Wilhelm-Str. 74.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Weißensee: Wasielewski, Berliner Allee 11.
Borsigwalde: Kienast, Räusch-Str. 10.
Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Friedeberg spricht ihre schärfste Entrüstung darüber aus, daß ein Teil der nationalliberalen Landtagsfraktion entgegen dem klar ausgesprochenen Willen der Gesamtpartei unter Mißachtung jeglicher Parteidisziplin es wagt, dem preußischen Volke an Stelle des vom König versprochenen gleichen Wahlrechts den Wechselbalg eines künstlich ausgeklügelten Pluralwahlrechts anzubieten, in dem obendrein unserer feldgrauen Helden nicht gedacht ist! Sie erklärt, daß die nationalliberale Gesamtpartei jede Verantwortung für die Folgen dieses reaktionären Verhaltens ablehnen muß. Von der Regierung aber erwartet sie, daß sie ohne Verzug zur Auflösung des Abgeordnetenhauses schreitet; denn dann werden die nationalliberalen Wähler diese Gegner des gleichen Wahlrechts überhaupt nicht wieder als Kandidaten aufstellen, und dadurch wird klar erwiesen sein, daß sie nicht berechtigt sind, im Namen der Partei zu sprechen."

Forstrecht ist Herrenrecht!

Mutwillige Zerstörung von Nahrungsmitteln.

Das „Liebenwerdaer Kreisblatt" berichtet: Als am letzten Sonnabend hiesige Schulkinder, die an diesem Tage zum Beerensammeln schulfrei hatten, in einem nahen Forst vom zuständigen Förster beim Sammeln der Beeren angetroffen wurden, zertrat dieser die Früchte, weil die Kinder ohne Erlaubnisschein waren. Gewiß ist das Beerenpflücken erst vom 1. Juli ab gestattet, es erscheint aber zweifelhaft, ob der Beamte zu einer so strengen, mit Rücksicht auf die heutigen Zeitverhältnisse geradezu unverständlichen Maßnahme berechtigt ist. Es wäre doch viel einfacher gewesen, den Kindern die Beeren wegzunehmen, anstatt sie zu zertreten und so dem menschlichen Genuß zu entziehen.

Eine mildere Kritik, als die hier geübte, ist wohl nicht gut denkbar!

Daimler verdient nichts?

Aus Stuttgart wird vom 28. Juni berichtet: Die Generalversammlung der Daimler-Motoren-Gesellschaft genehmigte einstimmig den Rechenschaftsbericht und die Bilanz und erteilte der Verwaltung Entlastung. Von der Verwaltung wurde u. a. folgendes vorgetragen: Der Abschluß des Jahres 1917 war nicht voll befriedigend. Es mußte auf stille Reserven zurückgegriffen werden, um den Aktionären nicht eine zu große Enttäuschung zu bereiten. Das Bankguthaben, das in der Bilanz von 1916 über 21,6 Millionen Mark ausmachte, ist in der Bilanz von 1917 mit rund 88 Millionen Mark ausgewiesen und stammt in der Hauptsache aus der Erhöhung des Aktienkapitals und aus den Vorschüssen für Heereslieferungen sowie aus privaten Aufträgen. Heute beträgt das Bankguthaben 15,8 Millionen Mark, darunter 7 Millionen Mark Vorschüsse der Heeresverwaltung, die am 21. Juni eingegangen sind. Für das schwebende Gerichtsverfahren sind Rückstellungen nicht gemacht worden. An die Leistungsfähigkeit der Werke werden auch im laufenden Geschäftsjahre die höchsten Ansprüche gestellt und der Absatz ist gegenüber dem Vorjahre weiter gestiegen und mit immer weiteren Steigerungen ist zu rechnen. Der Gesamtbetrag, der im Laufe des Jahres für Erweiterung der Fabrikanlagen auszuwerfen ist, wird noch größer sein als im abgelaufenen Jahre, zumal die allgemeinen Unkosten noch zunehmen. Neben den Materialpreisen und den Löhnen weisen auch die Generalunkosten, die schon im letzten Jahre außerordentlich gewachsen waren, eine weitere Steigerung auf, während die Verkaufspreise für die Fertigfabrikate unverändert blieben. Unter diesen Umständen hängt die Frage, welche finanziellen Ergebnisse das laufende Jahr haben wird, davon ab, welche Preise von der Heeresverwaltung zu bezahlen sein werden.

Nach diesem Bericht wird wohl nichts anderes übrigbleiben, als für die Firma, die durch ihre berühmte patriotische Opferwilligkeit gänzlich verarmt ist, eine öffentliche Sammlung einzuleiten!

Die Besitzsteuer im Hauptausschuß.

In der Fortsetzung der Beratung am Donnerstagnachmittag wird bei § 1n (Staffelung der Abgabe von Mehreinkommen) ein Antrag Bernstein (U. Soz.), der eine höhere als die vorgeschlagene Staffel vorschlägt, gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt. Keil erklärt die grundsätzliche Zustimmung zu dem Antrag, der leider keine Aussicht auf Annahme habe.

Zu § 1p (Abgabe vom Vermögen) stellt Graf Westarp (k.) einen Antrag, der eine Abgabe durch eine von den Bundesstaaten aufzubringende Steuer ersetzen soll. Der Antrag wird abgelehnt, darauf wird der Paragraph angenommen. Die vorgeschlagene Staffelung für die Kriegsabgabe wird angenommen.

Bei § 13 des Regierungsentwurfs über die Besitzsteuer wird abermals über die Besteuerung der Fürsten beraten. Der Antrag Ditzsching, Keil und Genossen, der die Steuerpflicht der Fürsten vorsieht, wird durch einen etwas anders stilisierten Antrag Gröber ersetzt, der darauf mit großer Mehrheit zur Annahme gelangt.

Eine lange Aussprache entsteht darüber, ob der einschlägige Paragraph des Antrags Gröber den Reichsfinanzhof oder den Bundesrat zuständig machen soll. Der § 13 fällt in der Abstimmung, es soll aber eine neue Formulierung gemacht werden. Die Beratung der Besitzsteueranträge ist damit beendet bis auf den Paragraphen, der von der Besteuerung der Offiziere usw. handelt. General v. Langermann, der als Vertreter des Kriegsministeriums erschienen ist, bittet um Freistellung des Kriegseinkommens, da sonst zu viele Ungerechtigkeiten unterlaufen würden. Dr. David (Soz.) bemerkt dazu, daß doch nur das Mehreinkommen der Offiziere getroffen werden soll, überdies nur das der höheren Offiziere, die mehr als 13 000 M. jährlich bezögen. Vornehmlich würden solche Offiziere betroffen werden, die der unmittelbaren Lebensgefahr entzogen seien. Zum Teil befinden sie sich sogar im Etappengebiet oder in der Heimat. Unter keinen Umständen könnten die Offiziere eines Volksheeres eine Ausnahmestellung für sich beanspruchen. Ein Sträuben gegen die Steuer würde draußen den denkbar übelsten Eindruck machen. Unterstaatssekretär Schiffer sucht die Freistellung der Offiziere ebenfalls zu verteidigen, auch Graf Roedern bittet, in dem jetzigen Zusammenhang von einer Besteuerung abzusehen. In der Abstimmung wird der Antrag Keil (Soz.) angenommen mit einem Zusatzantrag Waldstein, daß der Teil, der als Kriegsaufwand geltenden Bezüge von der Besteuerung ausgeschlossen bleibt. Die §§ 1—9 des Entwurfs werden nach unwesentlicher Erörterung angenommen. Zu § 10, der die Höhe der Abgaben regelt, liegt ein Antrag Bernstein eine Erhöhung der Staffelsätze vor. Keil bemerkt dazu, die sachliche Mitarbeit der „Unabhängigen" an der Feststellung des Steuerbedarfs komme reichlich spät. Der Antrag Bernstein hätte im vorigen Jahre beim Sicherungsgesetz gestellt werden müssen, das den Gesellschaften die Verpflichtung entsprechender Rücklagen auferlegte. Damals hätten die Unabhängigen versagt. Jetzt komme der Antrag nicht mehr in Betracht, da keine Rücklagen in dieser Höhe gemacht worden seien. Unsere Partei habe damals eine Erhöhung gefordert, die „Unabhängigen" hätten aber nicht mitgemacht. Der Antrag Bernstein wird abgelehnt, der § 10 wird unverändert angenommen. Gleichfalls angenommen werden die §§ 11—16. Den § 17 (es handelt sich um Neuveranlagungen für den Fall eines zu niedrigen Einschätzung) beantragt Erzberger zu streichen. — Unterstaatssekretär Schiffer tritt für die Beibehaltung des § 17 ein. — Nach einer ausführlichen Debatte, in deren Verlauf Dr. Südekum (Soz.) für den Paragraphen eintritt, der ja zeitlich begrenzt werden könne, und auch Noske (Soz.) den Paragraphen für einen notwendigen Schutz gegen die Steuerdrückeberger bezeichnet, wird ein Vermittlungsantrag Gröber angenommen, der unbillige Härten des Paragraphen beseitigen will. Damit ist die erste Lesung beendet.

Der Ausschuß beginnt noch die Beratung des Antrags der Kompromißparteien über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes. Der Berichterstatter Dr. Junck erläutert die einzelnen Bestimmungen. Die §§ 1—6 werden genehmigt. Bei § 7 wird ein Zusatzantrag angenommen, der den öffentlichen Rechtsweg bei Steuerbeschwerden ausschließt. An einigen weiteren Paragraphen werden unwesentliche redaktionelle Aenderungen vorgenommen. Der Reichsfinanzhof soll am 1. Oktober 1918 seine Tätigkeit beginnen; über seinen Sitz ist noch nichts bestimmt. Der § 25 sagt, daß das Gesetz gleichzeitig in Kraft treten soll mit dem Zeitpunkt der neu zu beschließenden Steuern. Die Beratung ist damit zu Ende. Am Montag nachmittag 2 Uhr beginnen die zweiten Lesungen.

Nach den Beschlüssen des Ausschusses beträgt nunmehr:

die Abgabe von Mehreinkommen

für die ersten 10 000 M. des abgabepflichtigen Mehreinkommens		5 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen	10 000 M.	10 „
„ „ „ „ „ „	30 000 „	20 „
„ „ „ „ „ „	50 000 „	30 „
„ „ „ „ „ „	100 000 „	40 „
für die weiteren Beträge		50 „

Die Kriegsabgabe vom Vermögen beträgt:

für die ersten 200 000 M.		1 v. T.
für die nächsten angefangenen oder vollen	300 000 M	2 „
„ „ „ „ „ „	500 000 „	3 „
„ „ „ „ „ „	1 000 000 „	4 „
für die weiteren Beträge		5 „

Als Mehreinkommen wird der Unterschied zwischen dem Friedenseinkommen und dem Kriegseinkommen betrachtet. Abgabepflichtig ist nur der den Betrag von dreitausend Mark übersteigende Teil des Mehreinkommens. Als Friedenseinkommen wird ein Betrag von zehntausend Mark angenommen, wenn das verlangte Einkommen vor dem Kriege einschließlich der Hinzurechnung niedriger ist.

Branntweinmonopol.

Der Schutz der Arbeiter und Angestellten.

Der Ausschuß des Reichstages entschied in der Sitzung am Mittwoch über die Zusammensetzung des Beirats der Monopolverwaltung. Alle Anträge, die darauf hinausgingen, in diesem Beirat die landwirtschaftlichen Interessenten des Brennereigewerbes mit ihrem Einfluß zurückzudrängen, schlugen fehl, da Konservative, Zentrum und Nationalliberale alle dahingehenden Anträge ablehnten; auch der Antrag der Sozialdemokraten, Arbeitervertreter in den Beirat zu berufen, wurde von derselben Mehrheit zurückgewiesen.

Die Verhandlungen gingen dann über zu den von der Sozialdemokratie gestellten Anträgen. Diese wollen den Arbeitern und Angestellten der Betriebe das volle Vereins- und Versammlungsrecht sichern, die

tarifliche Regelung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse

vorschreiben, und ihnen wegen Uebelständen im Arbeitsverhältnis ein Beschwerderecht an den Tarifausschuß geben.

In der Diskussion erklärte das Zentrum seine Sympathie für die Anträge, lehnte sie aber gleichwohl ab, natürlich kamen auch die Konservativen zu einer Ablehnung.

Die Debatte über die sozialdemokratischen Anträge wurde am Donnerstag fortgesetzt. Zu den Gegnern gesellten sich die Nationalliberalen, die von einer gesetzlichen Sicherung der Arbeitslöhne und Angestelltengehälter nichts wissen wollen. Den gleichen Standpunkt nahm die Regierung ein, deren Vertreter behaupteten, ein solcher Vorgang sei ohne Beispiel in der Gesetzgebung. Von den Vertretern der sozialdemokratischen Partei, Brey, Hoch, Schmidt (Berlin), wurde dem entgegengehalten, daß auch im Kaligesetz eine Regelung des Lohnes vorgesehen ist, also die Gesetzgebung den Weg bereits beschritten hat. Wenn die Regierung dem Brennereigewerbe die Abnahme und den Preis des Spiritus sichert, das ganze Gewerbe unter eine Zwangsorganisation stellt, dann darf man an den Interessen der Arbeiter nicht achtlos vorübergehen. Die wirtschaftliche Macht des Unternehmers wird im Monopol gewaltig gesteigert, und es besteht die Gefahr, daß diese Machtentfaltung gegen die Arbeiter mißbraucht wird.

Schließlich beantragte das Zentrum, daß

die Angestellten aus der Regelung herausgelassen

werden. Dieser Antrag wird mit Unterstützung der Konservativen und der Nationalliberalen angenommen.

Der Abg. Mumm will den Antrag dahin ändern, daß Betriebe mit weniger als drei Arbeitern von den Tarifregelungen herausgelassen werden. Dem stimmen auch die sozialdemokratischen Vertreter zu, um die Annahme des Antrages aussichtsreicher zu gestalten. Ferner beantragte die Freisinnige Volkspartei, daß Brennereien, die als Nebenbetriebe zu erachten sind, gleichfalls aus den Tarifregelungen herausfallen. Dem stimmte der Ausschuß zu gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Die Wirkung des Antrages ist, daß alle landwirtschaftlichen Brennereien ausgeschaltet werden.

Der so wesentlich in seiner Anwendung herabgesetzte Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Kriegerheimstätten und Wohnungsnotbauten

In der letzten Sitzung des Wohnungsausschusses wurde zunächst die Frage der Kriegerheimstätten behandelt. Zugrunde liegt der Antrag Dr. Jäger (Z.), nach dem diese Heimstätten gebundener Besitz werden sollen, der nur in Ausnahmefällen gepfändet werden kann, der aber auch unveräußerlich und nur auf Leibeserben übertragbar ist. Die Abgg. Buck und Göhre (Soz.) können diesen Antrag nicht als zweckdienlich anerkennen. Auswahl der Arbeitsgelegenheit, Freizügigkeit usw. darf durch gesetzliche Bindung nicht erschwert oder unmöglich gemacht werden. Auch besondere Kriegerheimsiedelungen sind vom sozialen Standpunkt aus nicht zu empfehlen, sondern eine wirtschaftlich gesunde Verteilung der Kriegerheimstätten über die Wohngemeinden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, der Antrag soll in nächster Sitzung weiter beraten werden.

Die Reichsregierung beabsichtigt, im Falle des Bedürfnisses auf Grund des Ermächtigungsgesetzes durch Verordnung die Errichtung von Gemeindeverbänden zur Erstellung von Wohnungsnotbauten durchzuführen. Diese Angelegenheit soll erst in den Fraktionen durchberaten werden, weil zu einer solchen Ausdehnung des Ermächtigungsgesetzes Einverständnis mit dem Reichstag erzielt werden soll.

Kolonisatorische Fähigkeiten.

Herr v. Kühlmann hat vor wenigen Tagen in seiner Reichstagsrede Nr. 1 von „unseren bewiesenen kolonisatorischen Fähigkeiten" gesprochen, und nun liefert ein in der „Nordd. Allgemeinen Zeitung" veröffentlichter Brief des ständigen Korrespondenten dieses Blattes in der Ukraine prompt einen interessanten Beleg hierzu. Der sicherlich den deutschen Besatzungsbehörden nicht allzu fernstehende Herr äußert sich über die nächsten Aufgaben in folgenden netten Ausdrücken:

In der Ukraine wird die grundlegende Aufgabe, ein verführtes, sittlich herabgekommenes Volk wieder an Arbeit zu gewöhnen . . . leichter gelingen usw.

„Ein verführtes, sittlich herabgekommenes Volk" — wer zweifelt noch an unseren kolonisatorischen Fähigkeiten. Wie sympathisch müssen diese Worte in der Ukraine aufgenommen werden, welche Liebe und Zuneigung zu den Deutschen müssen sie auslösen! Unsere Fähigkeit, uns Sympathien zu erwerben, ist geradezu erschreckend groß!

Einschränkung des Fremdenverkehrs in Bayern. Wegen Ungunst der Ernährungsverhältnisse hat die bayerische Regierung neue Maßnahmen zur Eindämmung des — in diesem Jahre noch gesteigerten — Fremdenverkehrs getroffen. Es sollen in Gasthöfen usw. nur 40—60 Proz. der vorhandenen Betten belegt werden dürfen. Die Dauer des ohne amtsärztliches Zeugnis gestatteten Aufenthalts wird auf drei Wochen herabgesetzt.

Zweck dieser Maßnahmen ist jedenfalls, die bayerischen Gastwirte in der Prozentrechnung zu üben und durch häufigeren Ortswechsel der Fremden die Einnahmen der kgl. bayerischen Eisenbahnverwaltung zu erhöhen.

Landesverratsprozeß. Der Redakteur der Zeitschrift „Der Atheist", Organ des Zentralverbandes der proletarischen Freidenker Deutschlands, Konrad Beißwanger in Nürnberg, wurde nach etwa achtmonatlicher Untersuchungshaft wegen versuchten Landesverrats zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust, abzüglich 8 Monat Untersuchungshaft, verurteilt.

Der Fliegerangriff auf Paris. Paris, 27. Juni. (Reuter.) Amtlich. Gestern abend wurden mehrere Gruppen feindlicher Flugzeuge in der Richtung auf Paris gemeldet. 11 Uhr 16 Minuten wurde alarmiert. Die Abwehr trat in Tätigkeit. Es wurde heftiges Sperrfeuer abgegeben. Durch den Abwurf einiger Bomben wurde Materialschaden verursacht. Der Alarm wurde um 12 Uhr 35 Minuten aufgehoben.

„Gewisse internationale Probleme". London, 26. Juni. Reuter berichtet aus Madrid: Dato habe in den Wandelgängen der Kammer umlaufende Gerüchte dementiert, nach denen die Regierung die Vertagung des Parlaments beabsichtige, um gewisse internationale Probleme zu behandeln.

Ein russischer Admiral zum Tode verurteilt. Aus Helsingfors wird gemeldet: Der frühere Oberbefehlshaber der russischen Ostseeflotte Schischuja sei durch ein revolutionäres Gericht wegen gegenrevolutionärer Umtriebe in der Marine zum Tode verurteilt und hingerichtet worden.

Letzte Nachrichten.

Kämpfe an der flandrischen Küste.

Berlin, 28. Juni. Am 27. Juni, vormittags, griff eine unserer Marine-Jagdketten unter Führung des Leutnants der Reserve Osterkamp querab der flandrischen Küste ein stark von Einsitzern gesichertes feindliches Bombengeschwader an. Im Verlaufe des Kampfes, in den alle feindlichen Flugzeuge — ungefähr 20 — eingriffen, gelang es unserer Kette, die nur aus vier Flugzeugen bestand, 4 feindliche Flugzeuge abzuschießen. Leutnant Osterkamp errang seinen 15. Luftsieg, Flugmaat Zenfes war an dem Erfolge mit 2 Abschüssen beteiligt.

Am Abend des 27. Juni gerieten Teile unserer Torpedobootsstreitkräfte Flandern auf einer Patrouillenfahrt vor Ostende in ein Gefecht mit englischen Zerstörern unter Führung eines Zerstörerführerschiffs. Nach einem etwa halbstündigen Gefecht zogen sich die feindlichen Zerstörer mit hoher Fahrt zurück, indem sie sich durch Einnebeln der Sicht entzogen. Es wurden Treffer auf dem Führerschiff und einem der feindlichen Zerstörer beobachtet. Unsere eigenen Boote sind ohne Verluste und Beschädigungen eingelaufen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Helfer der Gegenrevolution.

Moskau, 26. Juni. Pressemeldungen zufolge machte Kommissar Uritzki in der Sitzung des Petersburger Arbeiter- und Rote-Armee-Rats folgende aufsehenerregende Mitteilung: Die Zeitung „Molwa" wird durch englisches Geld geleitet. In Archangelsk befindet sich ein englisches Bureau, das mit den tschechischen Truppen und den rechten Sozialrevolutionären in Verbindung steht. Gegenrevolutionäre Parteien haben von England 40 Millionen Rubel Unterstützung erhalten.

Die deutschen Banken in England geschlossen.

London, 28. Juni. (Reuter.) Die „Daily Mail" erfährt: Die Regierung hat beschlossen, daß die deutschen Banken sofort und endgültig geschlossen werden müssen. Bonar Law hat die Uebernahme der Wertpapiere durch das Schatzamt angeordnet. Das Blatt erfährt, daß die erforderliche Summe weniger als 400 000 Pfund Sterling beträgt.

Der „Vorwärts"

ist das Organ all derer, die keine Kriegsgewinnler sind. Er vertritt das Recht der Masse auf Ernährung, des Arbeiters auf besseren Lohn, des Beamten und Angestellten auf Teuerungszulagen, der Mieter auf Schutz, der Kriegsbeschädigten und Kriegerfrauen auf ausreichende Unterstützung, des ganzen Volkes auf Frieden und Freiheit.

Mit diesem Programm hat er sich im Lauf des letzten Jahres Zehntausende neuer Leser gewonnen. Der herannahende 1. Juli bietet neue Gelegenheit, für seine Verbreitung nachdrücklich einzutreten. Wer einen Freund, einen Nachbar, einen Arbeitskollegen hat, der den „Vorwärts" noch nicht hält, rate ihm dringend, den folgenden Zettel ausgefüllt an die Expedition des „Vorwärts", Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu senden.

Name _____

Beruf _____

Wohnort _____

Straße? _____ Nr. _____

Bei wem? _____

bestellt ab 1. Juli den „Vorwärts" zum Preise von 1,50 M. per Monat frei ins Haus.

Gewerkschaftsbewegung

Die Jahresversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Verwaltungsstelle Berlin.

Am 24. d. M. hielt die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes ihre Jahresgeneralversammlung ab, um den Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit im Jahre 1917 entgegenzunehmen.

Der Bericht lag gedruckt vor, und der Bevollmächtigte Cohen gab die notwendigen mündlichen Erläuterungen.

Der Mitgliederbestand, der Ende 1916 54 974 betrug, ist bis Ende 1917 auf 73 585 gestiegen.

An Lohnbewegungen haben im Jahre 1917 stattgefunden: 365 in einzelnen Betrieben und 3 für ganze Branchen. Beteiligt waren an allen diesen Bewegungen 75 319 Männer und 93 220 Frauen, zusammen 168 539 Personen. Von einer Ausnahme abgesehen, haben alle Bewegungen eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gebracht.

Die „hohen Verdienste" der Berliner Munitionsarbeiter.

Bei diesem Punkt ging Cohen auf die seit einiger Zeit durch die gesamte bürgerliche Presse gehende Mitteilung ein, wonach die Berliner Munitionsarbeiter ganz ungewöhnlich hohe Verdienste erzielen sollen. Eine der letzten Notizen dieser Art erregt besonderes Aufsehen und ist in vielen Zeitungen wiederzufinden. Sie lautet:

„Der Obermeister der Berliner Klempner-Innung gibt recht lehrreiche Aufschlüsse über die Wochenlöhne. So ist in Berlin ein Fall zu verzeichnen, daß ein Präzisionsarbeiter in der Woche bei 59stündiger Arbeitszeit 980 M. verdient. Wochenlöhne von 200 M. seien keine Seltenheit mehr; einen gelernten Klempner, der unter 100 M. Wochenverdienst habe, würde man in Berlin vergebens suchen. — Hierbei ist noch nicht erwähnt, daß jenen Arbeitern mit solchen Löhnen auch noch die Bevorzugung der Schwerstarbeiter in Brot und Nahrungsmitteln zusteht und daß der Reichskommissar für sie jetzt Kleider z. B. bei Leuten sammelt, die im ganzen Jahre nicht soviel verdienen, wie der Präzisionsarbeiter in 14 Tagen."

Cohen bemerkt hierzu, es wäre äußerst lehrreich, wenn der Fall des Präzisionsarbeiters einmal so bezeichnet würde, daß man seine Richtigkeit nachprüfen und erfahren könne, wo ein Mann 980 M. wöchentlich verdient. Aber auch die Behauptung, daß Wochenlöhne von 200 M. keine Seltenheit seien, könne nicht stimmen, ebensowenig wie die Behauptung, daß man in Berlin keinen gelernten Klempner finde, der unter 100 M. Wochenlohn habe. Wenn es zuträfe, daß 200 M. Wochenlohn keine Seltenheit und gelernte Klempner unter 100 M. in Berlin nicht zu haben wären, dann sei die vom Verband Berliner Metallindustrieller seit Jahr und Tag geführte Statistik der Verdienste der Berliner Munitionsarbeiter eine einzige große Unwahrheit. Diese Statistik beweise, daß das Gros der Berliner Metallarbeiter weit weniger verdiene, als in dieser oder ähnlichen Notizen angegeben. Wenn es in der Notiz heiße, daß die Munitionsarbeiter bei so horrenden Wochenlöhnen auch noch Kleider bekommen sollen, die bei Leuten gesammelt sind, die kaum 2000 M. pro Jahr Einkommen haben, dann sei das ziemlich das stärkste, was man sich in bezug auf Verdrehung und Entstellung leisten könne. Mit der Herausgabe von Kleidern haben Leute mit einem Einkommen von nicht über 2000 M. überhaupt nichts zu tun. Die Dinge stehen so, daß im Reiche wie auch in Berlin Schwierigkeiten in bezug auf Beschaffung von Kleidungsstücken bestehen. Um dem abzuhelfen sollen besonders die Wohlhabenden von ihrer Garderobe freiwillig etwas abgeben, damit die weniger Besitzenden sich zu erschwinglichen Preisen diese Garderobe erwerben können. Bekannt ist auch, daß der Appell an den freiwilligen Opfermut der oberen Zehntausend höchst kläglich ausgefallen ist. Die Herren wissen ja nicht, was es für einen Arbeiter heißt, in der gegenwärtigen Zeit Kleidung zu kaufen. Als seinerzeit der Bezugsschein im Anzuge war, hat man den Besitzenden genügend Zeit gelassen, sich in bezug auf Wäsche und Garderobe einzudecken, so daß diese Herrschaften nicht in Verlegenheit kommen, selbst wenn der Krieg noch 10 Jahre dauert.

Aber die ganze Notiz ist auch insofern eine große Unverschämtheit, weil sie gerade von einer Seite ausgeht, deren größte Sorge am Schluß eines jeden Geschäftsjahres darin besteht, wie die riesigen Ueberschüsse teilweise am besten vor der Oeffentlichkeit versteckt werden können, um die die Reichskasse durch die Unternehmer in der Kriegsindustrie erleichtert wird.

Zum Beweise dafür, in welch hohem Maße die Unternehmer der Kriegsindustrie in Berlin

Millionenüberschüsse eingestrichen haben,

dienen folgende Angaben über die Geschäftsergebnisse einiger Berliner Firmen im Jahre 1917:

Name der Firma	Nennwert des Aktienkapitals	Bruttogewinn	Zu verteilender Reingew.	Dividende in Proz.
Nationale Automobil-Ges.	7 000 000	5 007 972	3 556 858	12,0
Berlin. Maschinenbau A.-G. vorm. L. Schwartzkopff .	12 000 000	15 410 909	5 281 876	25,0
Ludwig Löwe u. Co. A.-G.	10 000 000	6 639 009	3 778 664	32,0
R. Stock u. Co., Berlin-Mariendorf	4 000 000	2 289 943	1 366 467	25,0
Metallwarenfabrik, A.-G. Baer u. Stein	1 500 000	983 858	664 247	25,0
Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken . . .	30 000 000	14 234 592	12 065 370	30,0
Franz Seiffert u. Co. A.-G.	2 000 000	2 329 841	1 334 365	15,0
Vereinigte Kammerichsche und Bekker u. Schneevogelsche Werke A.-G. .	2 500 000	2 474 689	1 596 004	12,0
Allg. Elektrizitäts-Gesellsch.	169 500 000	39 751 950	27 193 410	12,0
Optische Anstalt C. P. Goerz A.-G., Berlin-Friedenau	7 000 000	6 431 788	4 701 665	22,0
Carl Lindström A.-G. . .	5 000 000	3 084 545	1 755 531	12,0
C. Lorenz A.-G.	8 000 000	?	2 702 248	35,0
A.-G. Mix u. Genest . .	4 200 000	3 597 129	1 738 552	18,0
Siemens u. Halske A.-G. .	63 000 000	16 142 286	14 008 550	12,0
Reiniger, Gebbert u. Schall Telefonfabrik A.-G. vorm. J. Berliner	3 500 000	2 369 662	684 935	12,0
	5 000 000	?	2 525 608	25,0

Selbst wenn es wirklich wahr wäre, daß es gelernte Arbeiter in Berlin unter 100 M. Wochenlohn nicht gäbe, was in aller Welt wollte denn dieser Verdienst gegenüber den so gewaltig gestiegenen Preisen für die notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel sagen? Eine kleine Rechnung ergibt in jedem Fall, daß die Arbeiter trotz der Wochenverdienste, die sie jetzt erzielen, genötigt sind, sich ganz erheblich einzuschränken, um nur einigermaßen sich und ihre Familie über Wasser zu halten. Es ist geradezu unerfindlich, woher die Herren, die sich Riesenvermögen während des Krieges erworben haben, den Mut nehmen, um die Arbeiterlöhne in der Berliner Rüstungsindustrie als etwas ganz Ungeheuerliches der Welt mitzuteilen.

Sehr eingehend verbreitete Cohen sich sodann über die Arbeitseinstellung im April 1917. Er schilderte, wie die Arbeitseinstellung, die am 17. April früh begann, durch Beschluß der hierzu zuständigen Körperschaft am 18. April abends ihr Ende erreichte. Dieser Beschluß wurde auf der ganzen Linie ausgeführt, bis auf 5 Betriebe, die glaubten das Recht für sich in Anspruch nehmen zu können, aus der Reihe zu tanzen. Diese Disziplinwidrigkeit hat sich bitter gerächt, denn bald darauf wurde der größte der noch ausständigen Betriebe unter militärische Leitung gestellt. Desgleichen wurden Besprechungen und Versammlungen der Berliner Metallarbeiter verboten, und es ist erst mit großer Mühe gelungen, diese Maßnahmen wieder zu beseitigen.

Die Tätigkeit der Kommission.

Die infolge des Streiks ins Leben getretene Kommission hat während des ganzen Jahres ununterbrochen gearbeitet, um den Arbeitern den ihnen zustehenden Anteil an den zur Verfügung stehenden Lebensmitteln zu sichern und für geordnete Verteilung Sorge zu tragen. Mit beteiligt war die Kommission an der Arbeit zur Beseitigung und möglichsten Eindämmung des Schleichhandels, der derartige Dimensionen angenommen hatte, daß die auf ordnungsgemäßem Wege vorzunehmende Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Lebensmitteln darunter gewaltig litt. Auch an der Gründung des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin hat die Kommission kräftig mitgewirkt, und heute noch ist diese Kommission unausgesetzt bemüht, alle Beschwerden, die sich bei der Verteilung von Lebensmitteln ergeben, durch Verhandlungen mit den in Frage kommenden behördlichen Stellen zu beseitigen.

Durch die intensive Mitarbeit der Kommission ist den Mitgliedern derselben auch ein besserer Einblick in das Getriebe der Organisation der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung möglich geworden. Dabei konnte festgestellt werden, daß die Erzeuger der Lebensmittel zu einem sehr großen Teil nur dann geneigt sind, ihrer Pflicht der Gesamtbevölkerung gegenüber nachzukommen, wenn ihnen hohe Preise, manchmal geradezu Wucherpreise, für ihre Produkte gezahlt werden.

Die Verfütterung von Kartoffeln und Getreide

ist trotz aller Appelle, Mahnungen und Drohungen nicht unterblieben, trotzdem diese Produkte so dringend nötig für die Bevölkerung gebraucht wurden. Demgegenüber hat die Kommission immer und immer wieder betont, daß nur dann eine einigermaßen ausreichende Belieferung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln durchgeführt werden könne, wenn die Beschlagnahme der Lebensmittel beim Erzeuger erfolgt. Für die mehrfach vorgekommenen Unruhen wegen der mangelnden Ernährung seien deshalb letzten Endes die Kreise verantwortlich zu machen, die um schnöden Gewinnes willen die notwendigen Lebensmittel unberechtigterweise zurückgehalten haben.

Die Tätigkeit des Kriegsausschusses

(Schlichtungsausschuß nach dem Hilfsdienstgesetz) war im Jahre 1917 sehr erheblich, weit stärker als im vorhergehenden Jahre. So waren allein aus der Metallindustrie 5465 Einzelbeschwerden (§ 9 des Hilfsdienstgesetzes) eingegangen. Davon sind vor der Erledigung 21 Beschwerdefälle zurückgezogen worden und 1594 waren vorher durch Verhandlungen erledigt. Alle anderen Fälle sind vor dem Kriegsausschuß durch Verhandlungen erledigt worden. An sogenannten Massensachen, d. h. an Differenzen in den Betrieben, die eine Mehrzahl von Personen betraf, waren 621 angemeldet, davon wurden vor der Verhandlung 80 Fälle im Betrieb erledigt und 12 Fälle zurückgezogen. Alle anderen Fälle sind durch Verhandlungen vor dem Kriegsausschuß erledigt.

Die geringste Anzahl von Personen, die nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes eine Beschwerde führten, war 3, während die höchste Zahl der Personen, die eine Beschwerde führten, 21 000 betrug. Daraus ist die ungeheure Bedeutung und der Umfang dieser Tätigkeit zu ersehen.

Zu Beginn des Jahres 1917 wurden auch für die übrigen Berufe der Berliner Industrie Kriegsausschüsse, oder, wie es im Hilfsdienstgesetz offiziell heißt, Schlichtungsausschüsse eingerichtet. Diese Schlichtungsausschüsse haben im Laufe des Jahres an Differenzfällen zu verzeichnen gehabt: Insgesamt 711 Einzelsachen und 74 sogenannte Massensachen.

Die Hauskassierung,

die zu Beginn des Jahres 1917 eingeführt wurde, hat sich zwar noch nicht vollständig eingebürgert, doch steht zu erwarten, daß es gelingt, die derselben noch anhaftenden Fehler und Mängel nach und nach auszumerzen. Ein Vorteil der Hauskassierung ist auch, daß wir nunmehr wissen, wie sich unsere Mitglieder auf die einzelnen Bezirke Groß-Berlins verteilen, was festzustellen vorher trotz aller Mühe niemals möglich war.

Die Arbeitslosenmeldung und Arbeitslosenvermittlung ist naturgemäß eine geringere wie in Friedenszeiten; immerhin aber ist die Arbeitsvermittlung mit 7022 Stellen unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten des Arbeitswechsels noch als wesentlich zu bezeichnen.

Die Krankmeldungen unserer Mitglieder betragen im Berichtsjahr 8961. Wesentlich verschieden ist die Durchschnittsdauer der Krankheiten gegenüber dem Jahre 1916. Während im Jahre 1916 pro Krankheitsfall nur 16,19 M. ausgegeben wurden, erhöht sich die Summe im Jahre 1917 auf 20,44 M. Ein Beweis dafür, daß die Krankheiten im Jahre 1917 von längerer Dauer waren. Der allgemeine Gesundheitszustand ist demnach im Jahre 1917 gegenüber dem Vorjahre wesentlich gesunken. Und aus der Tatsache, daß die weiblichen Mitglieder einen unverhältnismäßig hohen Durchschnittssatz der Krankheitsziffer stellen, erhellt, wie wenig geeignet manche der Arbeiten in der Metallindustrie für den weiblichen Körper sind, und wie sehr berechtigt unsere Forderung ist, auf dem schnellsten Wege die Schutzbestimmungen in Kraft treten zu lassen.

Nach der Zusammenstellung der Versammlungstätigkeit haben im Berichtsjahr im Bereich der Verwaltungsstelle Berlin 15 274 Versammlungen, Konferenzen und Besprechungen stattgefunden.

Zur Frage der Vereinbarung, die Ende Januar zwischen Regierung, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern über die Entschädigung für den Fall einer Betriebsstockung infolge Kohlenmangel getroffen wurde, teilt Cohen mit, daß eine später stattgefundene Konferenz im Reichswirtschaftsamt die Frage der Verlängerung dieser Vereinbarung vom 31. März bis zum 30. September 1918 behandeln sollte; sie konnte ihre Aufgabe jedoch nicht erfüllen, da zwar Regierung und Arbeitnehmervertreter, nicht aber die Arbeitgebervertreter mit der Verlängerung in der alten Form einverstanden waren. Die Arbeitgebervertreter erhoben den Einwand, daß sie nicht bevollmächtigt seien und erst mit den übrigen Arbeitgebern oder ihren Organisationen Rücksprache nehmen müßten. Auch erklärten die Vertreter der Arbeitgeber, daß, da die Behörden nach den Vorkommnissen bei Daimler die Kalkulationen der Arbeitgeber wesentlich einschränken, für Ausgaben, wie sie in der Vereinbarung über den Kohlenmangel vorgesehen sind, bei den Arbeitgeberverdiensten kein Raum sei. Die Arbeitgeber erklärten sich aber bereit, binnen kurzem die Stellung der übrigen Arbeitgeber zu erkunden und dann dem Reichswirtschaftsamt Mitteilung zu machen. Seitdem sind eine Reihe von Wochen verflossen, aber irgendwelche Nachricht darüber, ob in diesem Punkte schon etwas geschehen, ist uns nicht geworden. Es sei deshalb notwendig, daß die Arbeiter bei eintretenden Betriebsstockungen sofort ihre Ansprüche geltend machen, und, falls man ihnen für die Zeit der Betriebsstockung keine Entschädigung in bestimmter Form zusagt, den Abkehrschein fordern. Die Forderung der Arbeiter betrage dann natürlich den vollen Lohn. Falls eine Verständigung nicht gelingt, sei es notwendig, die Organisationsleitung sofort zu verständigen.

Beginnende Arbeitslosigkeit in der Munitionsindustrie.

Zum Schluß schilderte Cohen die gegenwärtige Situation und bemerkte, es sei in letzter Zeit ein Nachlassen der Aufträge zu bemerken. Die Folge davon seien bereits zahlreiche Entlassungen besonders von Arbeiterinnen. Heute schon sind in der Berliner Rüstungsindustrie zirka 30 000 Personen weniger beschäftigt als vor einigen Monaten. Worauf das zurückzuführen ist, sei noch nicht vollständig klar; entweder seien große Reserven an Heeresbedarf aufgestapelt, oder die Aufträge werden nicht mehr im früheren Maße an Berliner, sondern an Betriebe außerhalb Berlins vergeben.

Was es in der gegenwärtigen Zeit aber heiße, wenn eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen arbeitslos werde, das könne sich jeder, der das praktische Leben einigermaßen kenne, sehr gut ausmalen. Den Behörden falle hier eine besondere Verpflichtung zu, denn mit Unterstützung und zum großen Teil auch auf Veranlassung der Behörden sind Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen nach Berlin zur Beschäftigung in der Munitionsindustrie gebracht worden. Wenn nun jetzt Zehntausende von Arbeitern und Arbeiterinnen als arbeitslos auf die Straße gesetzt und ihrem Schicksal überlassen werden, so entspricht das nicht dem, was die Behörden gegenüber den Arbeitern und besonders den Arbeiterinnen an Verpflichtungen haben. Hier sei es unbedingt notwendig, daß etwas geschehe.

Die Unternehmer setzen die Stückpreise herab.

Aber das Nachlassen der Aufträge hat noch eine andere Erscheinung gezeitigt. Die Arbeitgeber halten die Zeit für gekommen, um Abzüge zu machen. Sie vermindern in starkem Maße die Stückpreise und finden dabei, wie es scheint, die Unterstützung der Behörden. Die Versuche der Arbeiter, sich gegen diese Verschlechterungen zu wehren, haben bis jetzt wenig Erfolg gehabt. Verhandlungen haben die Arbeitgeber nicht veranlaßt, von ihrem Standpunkt abzugehen, und selbst wenn die Arbeiter die Differenz vor den Kriegsausschuß brachten und der Kriegsausschuß, seiner früheren Stellung entsprechend, entschied, daß Abzüge während des Krieges nicht gemacht werden dürfen, haben die Arbeitgeber sich trotzdem nicht veranlaßt gesehen, die Abzüge zurückzuziehen, erklärten vielmehr, daß es bei den Abzügen verbleibe. Sie seien bereit, jedem, der zu den abgezogenen Preisen nicht arbeiten wolle, den Abkehrschein zu geben.

Nun ist es aber schon mehrfach vorgekommen, daß Arbeiter, die ihren Abkehrschein nahmen, vergeblich versuchten, in anderen Betrieben Beschäftigung zu finden, man nahm sie nicht auf; ja, das Bezirkskommando, wo sie sich nach einer neuerlichen Verfügung als Reklamierte melden müssen, falls sie ihren Arbeitsplatz verlassen, hat sie häufig angewiesen, an ihren alten Arbeitsplatz zurückzukehren, trotz der Abzüge, da sie sonst eingezogen würden. Das ist unzweideutig eine Unterstützung der Bestrebungen der Unternehmer, die Preise und Verdienste herabzudrücken, und hat bei den Arbeitern eine Stimmung erzeugt, die geradezu an Erbitterung grenzt.

Es ist den Arbeitern unverständlich, daß die Arbeitgeber in derselben Weise und mit denselben Mitteln den Arbeitern gegenüber ihren Willen durchsetzen dürfen wie in Friedenszeiten, während die Arbeiter auf Schritt und Tritt bei der Abwehr der Maßnahmen der Arbeitgeber durch Gesetz, Verfügungen und Verordnungen gehindert sind. An einzelnen Stellen haben sich die Differenzen bereits so zugespitzt, daß das Ende bedenklich wird. Sollten größere Schwierigkeiten entstehen, darf man den Arbeitern, die sich bis zum äußersten bemühen, die Differenzen friedlich aus der Welt zu schaffen, die Verantwortung nicht zuschieben.

Der Kassenbericht, der gleichfalls gedruckt vorlag, ergibt in der Hauptsache folgendes Resultat: Die Hauptkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 2 061 133,82 M. Dem Vorstand sind im Laufe des Jahres 1 334 204,15 M. überwiesen worden.

Die Lokalkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 2 752 720,89 M. Der Kassenbestand beträgt 2 106 761,61 M.

Die Diskussion setzte zunächst ein mit einer Kritik der Kassengeschäfte und konnte wegen vorgerückter Zeit nicht zu Ende geführt werden. Die Generalversammlung wurde deshalb vertagt.

Hilfsdienstgesetz und Wumba.

Wir berichteten kürzlich über die Lohnbewegungen der Betriebsschreiber und -schreiberinnen der königl. militärischen Institute zu Spandau. Dort hatte man nach sechsmonatigen Verhandlungen teilweise Lohnerhöhungen von 4—5 Pf. pro Stunde bewilligt und bei den Verheirateten die Lohnerhöhung zum großen Teil durch Abzug der Familien- und Kinderbeihilfen wieder aufgehoben. Am 13. Juni fand nun vor dem Schlichtungsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins auf Antrag der Angestelltenausschüsse eine nochmalige Verhandlung über die Angelegenheit statt. Es wurde folgender Schiedsspruch gefällt:

„Ueber die Entlohnung der Betriebsschreiber hat sich hinsichtlich der Höhe der Grundlöhne eine Einigung über einen Schiedsspruch nicht erzielen lassen. Im übrigen ist der Schlichtungsausschuß zu folgendem Schiedsspruch gekommen:

Die vom Wumba eingeführte Regelung des Einkommens der verheirateten Betriebsschreiber hält der Schlichtungsausschuß nicht für geeignet, den durch die Schwierigkeiten der Lebensführung bedingten Forderungen dieser Angestellten gerecht zu werden. Es erhalten nach dieser Regelung von den Betriebsschreibern über 25 Jahren die Unverheirateten den höchsten, die mit großer Familie den niedrigsten Zuschuß. Der Kriegsausschuß ist deshalb der Ansicht, daß der durch diese Regelung entstandenen Unzufriedenheit Rechnung getragen werden sollte dadurch, daß das Einkommen der Verheirateten aus Grundlohn zuzüglich voller Familien- und voller Kinderkriegsbeihilfe festzusetzen ist."

Das Wumba war in dieser Verhandlung wiederum nicht selbst vertreten und hat auch bisher keinerlei Erklärung abgegeben, ob es den Schiedsspruch anerkennt und die den Verheirateten zuteil gewordene Lohnverschlechterung wieder aufheben will.

Am 20. Juni fand wiederum eine Verhandlung der Angestelltenausschüsse gegen die Königl. Institute in Spandau vor dem Schlichtungsausschuß statt. Diesmal handelte es sich um den Urlaub. Die Angestellten erhalten nach ihren Annahmebedingungen einen Urlaub von 14 Tagen bis 3 Wochen. In den Jahren 1916 und 1917 traten nun ein Teil der Angestellten unter die sogenannte Lohnordnung, d. h. sie wurden statt mit Monatsgehalt nach Stundenlohn beschäftigt. Diese Aenderung geschah deshalb, weil nur auf diese Weise den Angestellten ein der Teurung angemessener Lohn gewährt werden konnte. Jetzt sollen nun diese Angestellten den Urlaub lediglich nach den Bestimmungen der Lohnordnung erhalten, das heißt 3 bis 6 Tage, obwohl sich in der Art ihrer Tätigkeit nichts geändert hat und sie auch nach wie vor der Angestelltenversicherung unterliegen. Der Schlichtungsausschuß kam zu dem Ergebnis, daß zwar die Forderung der Angestellten, ihnen den Urlaub wie den auf Annahmebedingungen beschäftigten Angestellten zu gewähren, abzulehnen sei, weil ein Rechtsanspruch auf diesen Urlaub nicht bestehe, er empfehle aber dem Wumba, den Angestellten aus Billigkeitsgründen entgegenzukommen. Auch zu dieser Entscheidung hat sich das Wumba bisher noch nicht geäußert. Es scheint also, als ob es nicht geneigt ist die Billigkeitsgründe, die selbst die Arbeitgeberbeisitzer des Schlichtungsausschusses für vorliegend erachteten, gelten zu lassen und den Angestellten den gerade in der gegenwärtigen Zeit dringend notwendigen Erholungsurlaub zu gewähren. Bemerkenswert ist, daß der als Vertreter der Königl. Geschoßfabrik in Spandau anwesende Betriebsleiter dort die Erklärung abgab, die Institute stellten allen Angestellten, die es wünschten, ohne weiteres den Abkehrschein zu Verfügung. Dabei kommen Angestellte in Frage, die bis 20 und mehr Jahre dort beschäftigt sind.

Das Hilfsdienstgesetz wurde seinerzeit bekanntlich auf Verlangen der Militärverwaltung erlassen. Dadurch sollte der Arbeitswechsel im Interesse der nationalen Produktion möglichst eingeschränkt und weiter die Möglichkeit gegeben werden, Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf gütlichem Wege zu erledigen. Die Privatunternehmer haben sich ja von vornherein gegen diese Einrichtungen gesträubt und nur die Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer verlangt. Will nun auch die Militärverwaltung ihr eigenes Kind verleugnen, oder sind etwa die Gründe, die seinerzeit das Hilfsdienstgesetz rechtfertigten sollten, nicht mehr vorliegend? Dann sollte man aber das Gesetz aufheben und es nicht nur da anwenden, wo es den Arbeitern schadet, und es da ablehnen, wo es ihnen nützt. Sollen ernste Differenzen vermieden werden, dann muß verlangt werden, daß die Militärverwaltung den berechtigten Wünschen der Angestellten, die auch vom Schlichtungsausschuß anerkannt sind, entgegenkommt

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.